Klassenkampf

10 Jahre

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. **Bezugspreis:** frei monatlich 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. **Verlag:** Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14, Tel.: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag)

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. **Bankkonten:** Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. **Druck und Verlag:** Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Freitag, 20. November 1931 | 11. Jahrgang Nr. 214

„In erster Linie Senkung der Löhne"

Die Beschlüsse des Wirtschaftsbeirats — Preisabbau in weiter Ferne — Württemberger Finanzminister kündigt neuen Abbau der Beamtengehälter an — Das ist das gemeinsame Werk der Gewerkschaftsbonzen und der Unternehmer

(Eig. Drahtm.) Berlin, 20. November.

Amtlich wird mitgeteilt, daß die Ausschüsse des Wirtschaftsbeirates gestern abend ihre Arbeiten beendet haben. Eine abschließende Sitzung beider Ausschüsse findet Sonnabend oder Sonntag statt, worauf am Montag unter Vorsitz Hindenburgs die Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirates abgehalten wird. Die bürgerliche Presse berichtet bereits einiges über die Ergebnisse der Ausschußarbeiten. Danach sehen die Richtlinien des Ausschusses für Löhne und Preisfragen „in erster Linie eine Senkung der Löhne" vor. Die Löhne sollen auf den Stand des Jahres 1927 gesenkt werden. Ob auch eine Senkung der Preise erfolgt, sei vorläufig noch unentschieden.

In diesem Zusammenhang ist von größter Bedeutung die Rede des Württembergischen Finanzministers Dehlinger, der eine Reichsnotverordnung zur Kürzung der Beamtengehälter um 10 Prozent ankündigte. Die Regierung läßt dazu wörtlich erklären, daß „keine Kürzung von 10 Prozent beabsichtigt sei". Damit wird die Absicht einer Kürzung der Beamtengehälter zugegeben, denn nur die Höhe der Kürzung wird bestritten. — Eine neue Offensive auf Löhne und Gehälter bereitet sich vor.

Arbeiter, Angestellte und Beamte müssen mit aller Kraft zum Kampfe gegen Lohn- und Gehaltsabbau [illegible].

*

Was aus diesen ersten Mitteilungen über das Ergebnis der Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat, in denen die Vertreter der Gewerkschaften unter Hindenburgs Vorsitz gemeinsam mit den Unternehmern verhandelt haben, andeutungsweise hervorgeht, ist so ungeheuerlich, daß es einen einzigen Schrei der Empörung unter den Massen der Arbeiter und kleinen Beamten Deutschlands hervorrufen muß. Das also ist das Resultat dieser Neuauflage der Arbeitsgemeinschaft, dieses friedlichen Zusammenarbeitens der Gewerkschaftsbonzen mit den Scharfmachern.

Wir wissen, daß es zahllose sozialdemokratische und freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter gibt, die bis heute, gestützt und geblendet durch die Phrasen der Gewerkschaftsbürokratie, von diesem Wirtschaftsbeirat so etwas wie eine Erleichterung ihrer Lage erhofft haben. Sie sind bitter enttäuscht worden. Jetzt bestätigt sich mit grausamer Unerbittlichkeit, was wir Kommunisten von Anfang an über diese Ständeorgane gesagt haben.

Der Lohnraub, der die Hungerlöhne der deutschen Arbeiter auf das Niveau von 1927 herabdrückt, das ist ein Faustschlag ins Gesicht der hungernden Massen. Aber er hat die Gegenoffensive der Arbeiter begonnen mit dem Streik an der Ruhr, mit dem Streik der Hafenarbeiter, mit dem Textilarbeiterkampf in Leipzig, mit dem Duisburg-Hamborner Kampf.

Diese Welle können die alarmierenden Beschlüsse des Wirtschaftsbeirates nicht aufhalten, sondern nur gewaltig anschwellen lassen. Die Parole der RGO: Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub wird zur Parole der Millionen Betriebsarbeiter in Deutschland. Die Kapitalisten wollen den Kampf. Die Gewerkschaftsbonzen wagen es, sich zum Vollstrecker der brutalen Lohnraubpläne der Unternehmer zu machen. Sie sollen den Kampf haben!

Alarm in allen Betrieben!

Vorwärts in breitester Front unter Führung der RGO!

Nehmt Stellung in allen Betrieben!

Bildet Kampfausschüsse! Stellt betriebliche Kampfprogramme auf!

Erfolgreicher Pflichtarbeiterstreik in Naumburg

(Eig. Bericht) Naumburg, 19. November

Die mit Straßenbauarbeiten beschäftigten Pflichtarbeiter wehrten sich gegen völlig unzureichende Arbeitsbedingungen. Sie legten die Arbeit nieder und zogen zum Wohlfahrtsamt. Während die Streikenden auf der Straße verblieben, verhandelten Delegierte derselben mit dem Wohlfahrtsamt. Alle Forderungen wurden bewilligt. Die Bewegung stand unter Führung der RGO.

Tschankaischek reist in die Mandschurei

(—, Nanking, 19. November.

Der berüchtigte Marschall Tschankaischeck, der sich Präsident der chinesischen Nationalregierung nennt, ist heute nach der Mandschurei abgereist.

Japanische Drohnote an USSR

Ostchinabahn abgeschnitten!

Vormarsch der japanischen Truppen!

Wachsende Verschärfung der Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion!

Fallt den Kriegsverbrechern in den Arm!

(Nähere Meldungen siehe Inneres unserer heutigen Ausgabe.)

Proletarische Einheitsfront!

Halle, 20. November.

Die Antwort, die die Kommunistische Partei dem demagogischen Versuch Breitscheids, ein Einheitsfrontmanöver durchzuführen, zuteil werden ließ, hat ein gewaltiges Echo insbesondere unter den sozialdemokratischen Arbeitern gefunden.

Wir haben bereits klar und deutlich erklärt, daß die Rede Breitscheids gegen die immer breiter werdende Einheitsfrontbewegung unter den sozialdemokratischen Arbeitern gerichtet ist. Daß tatsächlich in erster Linie die **Angst vor dem Abmarsch der sozialdemokratischen Arbeiter** zur Kommunistischen Partei Breitscheid diese heuchlerischen Worte in den Mund legte, beweisen uns die Vorgänge, die sich in den letzten Tagen im Zeitzer Unterbezirk, dem stärksten sozialdemokratischen Einflußgebiet in unserem Bezirk, abgespielt haben.

Wie wir bereits meldeten, findet am kommenden Sonntag die **zweite Konferenz oppositioneller SPD-Arbeiter** in Zeitz statt, in deren **Mittelpunkt vor allem die Berichterstattung der aus der Sowjetunion heute zurückkehrenden sozialdemokratischen Delegierten** stehen wird. Bei der Vorbereitung dieser Konferenz hat sich eine breite Einheitsfrontbewegung angebahnt und jene guten Ansätze, die schon bei der ersten Konferenz oppositioneller sozialdemokratischer Arbeiter in Zeitz vor einigen Monaten vorhanden waren, konnten jetzt somit ausgebaut und erweitert werden. Die verlogene Hetze der Bergholz und Franken, die anläßlich des roten Volksentscheides gegen die kommunistischen Arbeiter entfaltet wurde, konnte nur vorübergehend eine Beeinträchtigung hervorrufen.

Bei der Vorbereitung der am Sonntag stattfindenden Konfe-

Ein Monat Hakenkreuz:

Ergebnis 11 Arbeitermorde

Die „Rote Fahne" veröffentlicht die Liste der Todesopfer der Arbeiterschaft, die feige aus dem Hinterhalt von den Nazibanditen innerhalb eines einzigen Monats hingeschlachtet worden sind.

Am 18. Oktober: Fischer und Engelke in Braunschweig ermordet. Am 16. Oktober: Ein Jungarbeiter in Wolfenbüttel von Nazis erstochen. Der Arbeiter Schäfer in Detmold von Nazis erstochen, der Reichsbannerarbeiter Link in Friedland von Nazis ermordet. Am 1. November: Die Arbeiter Bohm und Klöcking von Nazis in Doberan erschossen, der Arbeiter Braun von Nazis in Bad Sülze viehisch erschlagen. Am 4. November: Reichsbannerarbeiter Wolf in Riesa von Nazis erschlagen. Am 12. November: Der Jungarbeiter Ritter in Nowawes von einem Nazi erschossen, der Arbeiter Geis von einem Nazistudenten in Würzburg erschossen.

Diese Partei besitzt die Unverschämtheit, dem Reichsinnenminister Groener eine Statistik zu unterbreiten, laut der seit 1928 durch Schuld der Linken „200 nationalsozialistische Todesopfer" zu verzeichnen gewesen sein sollen. Außerdem sollen „über 8000 Nazis von Angehörigen der Linksparteien verwundet" worden sein während dieser Periode. Man ist einfach erschüttert über die freche Verlogenheit und über die Dreistigkeit, mit der die intellektuellen Urheber der Nazi-Mordseuche so etwas zu behaupten wagen. Selbst die amtlichen Statistiken, die wir wiederholt veröffentlichten, beweisen bekanntlich das genaue Gegenteil. Aber, daß Groener von Hitler überhaupt so etwas unterbreitet wurde, muß die höchste Wachsamkeit [illegible] hervorrufen.

Politischer Massenstreik gegen Naziterror

Am Tage der Beerdigung des Jugendgenossen Ritter streiken in Nowawes sämtliche städtische Betriebe und die Belegschaft von Orenstein & Koppel

(Eig. Drahtm.) Berlin, 20. November.

Gestern wurde der von den Faschisten ermordete Jugendgenosse Ritter in Nowawes beerdigt. Zum Zeichen des Protestes gegen die faschistischen Mörder streikten außer dem Betrieb Orenstein & Koppel, in dem der Jugendgenosse Ritter gearbeitet hatte, alle städtischen Betriebe von Nowawes.

Geschlossen wurde dieser politische Massenstreik unter Führung der KPD und des Kommunistischen Jugendverbandes gegen den Faschismus durchgeführt.

Der politische Proteststreik in Nowawes gegen den Faschismus ist ein neues Zeichen des revolutionären Erwachens der antifaschistischen Massenoffensive der kämpfenden Einheitsfront sozialdemokratischer, christlicher, parteiloser und kommunistischer Arbeiter unter Führung der KPD und RGO. Das Beispiel des ersten großen antifaschistischen Massenstreiks in Braunschweig, das in Riesa und Johanngeorgenstadt wiederholt wurde, ist jetzt erneut in Nowawes geschlossen befolgt worden.

Nur in den Betrieben liegt unsere Kraft. Dort allein vermag das Proletariat unter revolutionärer Führung dem Mordfaschismus und den Lohnräubern die Stirn zu bieten.

Naziführer mit der Ministerkonferenz zufrieden

Zu der Ministerkonferenz mit Groener schreibt das Berliner Naziblatt, „Der Angriff", am 19. November, daß Klagges „sehr befriedigt" sei. Wörtlich heißt es dazu:

„Da Groener in seiner Rede sehr starke Worte nicht gegen die NSDAP, sondern gegen — den Kommunismus fand . . . ."

Es genügt für unsere Leser, die Zufriedenheit der Naziführer zu konstatieren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311120-14/fragment/page=0001

reng sind bis jetzt im Zeitzer Unterbezirk 65 Versammlungen durchgeführt worden, auf denen 160 sozialdemokratische Delegierte gewählt wurden. Wie breit diese Bewegung bereits ist, geht auch aus der Tatsache hervor, daß die Delegationen vollständig finanziert wurden durch Sammlungen, die nur aus kleinsten Beträgen zusammengesetzt sind. Es haben sich ungefähr 2000 Arbeiter an diesen Sammlungen beteiligt, von denen weit über die Hälfte sozialdemokratische Anhänger sind.

Diese Einheitsfrontbewegung hat auch bereits eine ganze Reihe praktischer Ergebnisse gezeitigt. In Teuchern ist die Schufo an den Kampfbund gegen den Faschismus herangetreten, um eine gemeinsame Front gegen den Naziterror herzustellen. In Droschwitz machten sozialdemokratische Arbeiter der KPD-Ortsgruppe das Angebot, eine öffentliche KPD-Versammlung vor dem Terror der Nazis zu schützen. Aus zahlreichen Betrieben werden lebhafte Diskussionen über die Breitscheid-Rede und die kommunistische Antwort gemeldet. In Zangenberg wurde ein vollständig einheitliches Vorgehen zwischen Reichsbanner-, SPD-, parteilosen und kommunistischen Arbeitern

Das Urteil im Gräfenhainicher Erwerbslosenprozeß

(Eig. Bericht.) Gräfenhainichen, 19. November.

Gestern wurden die nachstehenden Urteile in dem Prozeß gegen die Gräfenhainicher Erwerbslosen gefällt: Uhlig 9 Monate Gefängnis (ein Teil der Untersuchungshaft wird angerechnet), Thomisch 7 Monate Gefängnis (evtl. für drei Monate Strafaussetzung für drei Jahre), Kunze, Herter und Hirte je 6 Monate Gefängnis (Strafaussetzung für drei Jahre), Kürbis insgesamt 9 Monate Gefängnis (nach sieben Monaten Strafaussetzung auf drei Jahre), Heine, Reichmeister 6 Monate Gefängnis (Strafaussetzung auf drei Jahre). Der Genosse Hugo Müller 3 Monate Gefängnis. Für Uhlig, Thomisch, Kürbis und Müller wird die Verteidigung Berufung einlegen. (Näherer Bericht im Inneren des Blattes.)

hergestellt in dem Augenblick, als die Nazis in provokatorischer Weise versuchten, in diesem roten Arbeiterdorf eine Versammlung abzuhalten. Die Versammlung konnte nicht stattfinden und nur unter dem Schutz der Polizei gelang es den frech provozierenden Nazis, aus dem Dorf wieder herauszukommen. In Profen hatten wir dieselbe Erscheinung. Die beiden kommunistischen Arbeiter, welche dort den Nazis in der Diskussion entgegentraten, wurden von den sozialdemokratischen Arbeitern stürmisch begrüßt.

*

Was sich hier anbahnt, ist die Einheitsfront des Proletariats unter revolutionärer Führung, unter Führung der Kommunistischen Partei. Die sozialdemokratischen Arbeiter begreifen sehr wohl, daß ihre Zeitungen im Unrecht sind, wenn sie sich darüber entrüsten, daß in der Antwort der Kommunisten an Breitscheid „keine Spur von Glauben, kein Haar breit Vertrauen den Erklärungen der Wels und Breitscheid" geschenkt wird. Die sozialdemokratischen Arbeiter begreifen, daß ein prinzipieller Unterschied zwischen Hitler und Brüning nicht besteht, sie haben es erfahren, daß auch in der bürgerlichen Demokratie die kapitalistische Klasse herrscht. Zu deutlich ist ihnen, die genau wie ihre kommunistischen Klassengenossen unter der Notverordnungspolitik der Brüning-Regierung leiden, die ja auch von der sozialdemokratischen Preußenregierung Braun-Severing durchgeführt wurde, im letzten Jahre die Tatsache eingehämmert worden, daß sich in Deutschland der Umbau von der Demokratie zum Faschismus vollzieht. Vergeblich haben die sozialfaschistischen Führer versucht, die SPD-Arbeiter von der Tatsache abzulenken, daß der Faschismus nicht nur Hitler und Hugenberg, nicht nur die SA und der Stahlhelm ist, sondern daß der Faschismus und der Ausbau der faschistischen Diktatur als Herrschaftsform des Großkapitals ein Prozeß ist. Immer stärker begreifen die sozialdemokratischen Arbeiter, daß ihre Führer diesen Prozeß deswegen leugnen müssen, weil sie sonst die aktive Mitarbeit der Sozialdemokratie bei der Durchführung der faschistischen Diktatur zugeben müßten.

Wohl gibt es einen Unterschied zwischen Brüning und Hitler. Aber dieser Unterschied drückt sich nur in den Methoden aus, mit denen Hitler oder Brüning vorgehen will. Es ist noch nicht vergessen, daß Brüning während der letzten Reichstagstagung ausdrücklich warnend feststellte, daß ein zu offenes reaktionäres Vorgehen gegen die Arbeiterschaft, so wie es eine eventuelle Hitler-Hugenberg-Regierung machen würde, unweigerlich die Arbeiterschaft zu einem einheitlichen Widerstand zusammenschweißen würde.

*

Die Krise des Kapitalismus wird zur Krise der Sozialdemokratie. Denn die sozialdemokratischen Führer, einschließlich der innerhalb und außerhalb der Partei befindlichen „Linken", sind ja grundsätzlich keine Feinde des kapitalistischen Systems. Seitdem die Sozialdemokratische Partei aufgehört hat, die Partei der Arbeiterklasse zu sein, also seit 1914, wird und kann eine Einheitsfront nicht unter Führung dieser Partei zustande kommen.

Auch die breite Bewegung, die sich jetzt schon über die Grenzen des Zeitzer Unterbezirks hinaus bei der Vorbereitung der Berichterstatterkonferenz oppositioneller sozialdemokratischer Arbeiter erneut anbahnt, wird dazu beitragen, den Breitscheid und Wels ihre demagogischen Verwirrungsversuche zu zerschlagen und den sozialdemokratischen Klassengenossen die Tatsache immer klarer werden zu lassen, daß nur der sieghafte Kommunismus, wie er in der Sowjetunion heranreift, nur die Kommunistische Partei die Klasseninteressen des Proletariats vertreten kann.

Hausbesitzerbank schließt ihre Schalter

(WTB.) Berlin, 19. November.

Die Berliner Bank für Handel und Grundbesitz AG, Berlin (Kapital 2 Millionen Mark), hat heute ihre Schalter geschlossen. Die Reichsregierung hat die erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um eine ruhige Abwicklung der Bank zu gewährleisten. Es ist beabsichtigt, die Abwicklung durch die Dresdner Bank vornehmen zu lassen. Die Reichsregierung wird zu diesem Zweck der Dresdner Bank eine Summe zur Verfügung stellen, um mit ihrer Hilfe eine Vereinbarung mit den Kreditoren der Bank über die Art der Abwicklung herbeizuführen.

Neue Schlichtungsverhandlungen im Ruhrbergbau sind für den 23. und 24. November angesetzt worden.

Ein Lockspitzel entlarvt

Mit einem Reichswehrausweis — Er wollte Material zur Verbotshetze sa

(Eig. Bericht) Hamburg, 19. November.

Am 7. November erschien auf dem kommunistischen Parteibüro in Kiel ein gewisser Hermann Schmidt. Er legte einen Ausweis als Angestellter der Reichswehr (Inspektion des Torpedo- und Minenwesens) vor. Schmidt erklärte, daß er in die Partei einzutreten wünsche und Material über die Reichswehr vor allem über Marinestationen, beschaffen wolle.

Um festzustellen, wer eigentlich diesen Schmidt als Agent provocateur schicke, wurde mit ihm ein Treffpunkt auf dem Vinetaplatz in Kiel-Gaarden mit genauer Uhrzeit, Losungswort usw. verabredet. Wer um die verabredete Zeit (19,30 Uhr) über den Vinetaplatz ging, konnte überall verdächtige Gestalten mit hochgeschlagenem Mantelkragen, den Hut tief im Gesicht, scheinbar harmlos und zufällig in Haustüren, vor Schaufenstern und an den Ecken herumstehen sehen.

Pünktlich zur angesetzten Zeit erschien Schmidt. Pünktlich fünf Minuten nach der angesetzten Zeit fuhr ein Auto mit Kriminalbeamten vor, ha[illegible] den gesamten Vinetaplatz abriegelten.

Niemand wird an einen Zufall glauben!

Wenn sich wirklich dort ein Kommunist mit Sc[illegible] getroffen hätte, so hätte sofort die gesamte kapit[illegible] Presse ein wildes Geschrei über „Zersetzung der Re[illegible]wehr" angestimmt.

Die kommunistische „Norddeutsche Zeitung" ste[illegible] Lage ein Faksimile des Reichswehrausweis[illegible] Schmidt zu veröffentlichen.

Die Behörden werden sich nunmehr darüber äußern [illegible] wieso dieser Schmidt in den Besitz eines Reichswehrausw[illegible] langte und ob er etwa von den Naziführern oder von [illegible] als Agent provocateur vorgeschickt worden ist.

Der Fall ist für alle Kommunisten eine neue Mahnung [illegible]sten Wachsamkeit, um die Tätigkeit solcher Agents pro[illegible]teurs unmöglich zu machen.

Neue Erfolge der roten Streikfront

Hafenarbeiterstreik verschärft

(Eig. Drahtm.) Duisburg, 19. November.

Die Front der streikenden Hafenarbeiter steht fest, ja der Streik hat sich sogar verschärft. Die Hafenarbeiter denken nicht daran, sich einen Lohnabbau aufzwingen zu lassen.

Der reformistische Gesamtverband versucht mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln sich an die Führung der Streikbewegung zu stellen, natürlich nur, um den Kampf abzuwürgen. Die Verbandsbürokraten spielen dabei ein schändliches Doppelspiel. Einerseits tun sie so, als seien sie für den Streik, andererseits organisieren sie faktisch den Streikbruch.

Berliner Metall-Schiedsspruch verbindlich

(Eig. Drahtm.) Berlin, 20. November.

Der Schlichter für Berlin-Brandenburg hat gestern den Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie, den der Schlichtungsausschuß gefällt hatte, für verbindlich erklärt. Der Schiedsspruch sieht bekanntlich die Verlängerung des bisherigen Lohntarifes bis 30. Dezember 1931 vor.

Erfolgreicher RGO-Streik

(Eig. Drahtm.) Berlin, 20. November.

Gestern ist der Streik bei Juchtenhand & Freytag, einem Karosseriebetrieb in Tempelhof, beendet worden. Seit Mittwoch, 4. November, standen hier die Kollegen im Streik, um ein [illegible]schnittlichen Lohnabbau von 10 Prozent abzuwehren. Es gelang nun, die Firma zu zwingen, ihren ursprünglichen [illegible] aufzugeben.

Streikfront fest in Berlin

(Eig. Drahtm.) Berlin, 20. November.

Am Mittwoch fand eine Versammlung aller Streikleitungen Berliner Afa-Arbeiter statt, wo beschlossen wurde, den Streik verschärft weiterzuführen.

3500 Metallarbeiter vor der Aussperrung

(Eig. Meldg.) Kassel, 20. November.

Die dem Arbeitgeberverband angeschlossenen Metallindustriellen von Kassel haben ihren gesamten Belegschaften, vor allem der Firma Henschel, zum 28. November gekündigt. Von [illegible] Maßnahme werden etwa 3500 Metallarbeiter betroffen.

Als „Begründung" gibt der Verband der Metallindustriellen die gescheiterten Lohnverhandlungen an. Die Kasseler Metallindustriellen hatten eine Herabsetzung der Löhne um 8 Prozent gefordert. In den Anschlägen, in denen den Arbeitern Kündigung mitgeteilt wird, kündigten die Unternehmer an, sie von sich aus neue Arbeitsbedingungen [illegible]stellen werden. Der Kampf ist also der einzige [illegible]weg, um einen ganz ungeheuren Lohnabbau abzuwehren.

Textilarbeiterstreik in Leipzig abgebrochen

Der Dolchstoß der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer

(Eig. Bericht.) Leipzig, 20. November.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer des Deutschen Textilarbeiterverbandes hatten den vorgestrigen Feiertag dazu benutzt, die Streikbruchaktion vorzubereiten, die der streikenden Belegschaft der Leipziger Baumwollspinnerei den Dolchstoß versetzen sollte. Gestern früh dirigierte die Gewerkschaftsbürokratie eine Anzahl ihr ergebener Leute in den Betrieb, worauf weitere Arbeiter unsicher wurden und ebenfalls in den Betrieb gingen. Daraufhin beschloß eine Versammlung der Streikenden, geschlossen den Streik abzubrechen.

In Leipzig hat es sich gezeigt, daß den kämpfenden Arbeitern von seiten der Arbeitslosen keine Gefahr droht, sondern daß es lediglich die christliche und sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie sowie die Nazisführerschaft ist, die den Streikbruch im Interesse des Unternehmertums organisieren.

Durch Festigung der Einheitsfront zum Kampf gegen Lohnabbau in jedem Betriebe, durch Einbeziehung aller Arbeiter in diese Einheitsfront, muß der Gewerkschaftsbürokratie die Möglichkeit zur erfolgreichen Durchführung von Streikbruchaktionen genommen werden.

Massenentlassungen in Mannheimer IG-Betrieben

300 Arbeiterinnen entlassen

Am 21. November werden von der Rheinischen Gummi- und Zelluloidfabrik AG in Mannheim-Neckarau, die dem IG-Farbenkonzern gehören, 300 meist weibliche Arbeitskräfte entlassen. Die Entlassungen gehen Hand in Hand mit brutalen Lohnabbaumaßnahmen. Auf 30. November ist in der Chemieindustrie der Tarif gekündigt. Ein neuer Lohnraub soll vorgenommen werden. Die Entlassungen in der Rheinischen Gummi- und Zelluloid-Fabrik stehen im Zusammenhang mit der Kündigung des Chemie-Tarifs.

Stillegungsantrag bei Weise Söhne in Halle

Halle, 20. November.

Die Firma Weise Söhne hat am 19. November bei der Regierung Stillegungsantrag gestellt und bei dieser Gelegenheit Massenkündigungen der Angestellten ausgesprochen.

60 Angestellte erhielten die „vorsorgliche" Kündigung zum 31. Dezember d. J. bzw. 31. März 1932, nachdem wenige Tage vorher schon ein gewaltiger Abbau der „Wertigkeitszulagen" — zum Teil wurde diese Zulage rigoros völlig gestrichen — ab 1. Januar 1932 angekündigt wurde und bereits 10 Angestellte die endgültige Kündigung erhalten hatten.

Derartige Maßnahmen konnten bei Weise Söhne nur durchgeführt werden, weil die Angestellten indifferent und nicht klassenbewußte Kämpfer sind. Darum heißt es auch für die Kollegen Weise Söhne: **Hinein in die RGO, verstärkte revolutionäre [illegible] in den Gewerkschaften!**

Rotes Volksbegehren in Oldenburg

Die Bezirksleitung der KPD Bezirk Nordwest hat die Leitung eines Volksbegehrens zur Auflösung des Landtags [illegible] Oldenburg gestellt.

Der Kampf richtet sich gegen das Zentrum, das einer [illegible]regierung den Weg bahnt, gegen die Verweigerung der [illegible] die den Bauern die Ausfuhr von Zuchtvieh nach der Sowjet-Union unmöglich machte. Der Kampf geht gegen den Faschismus, gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen die Notverordnungspolitik, für die Entfaltung einer breiten antifaschistischen Einheitsfront!

Kampfbündnis der Bauern mit Arbeitern

In Zell (Baden) wurde am 15. November eine [illegible] Bauern- und Arbeiterversammlung durchgeführt, die der Bad[illegible] Bauern- und Pächterbund organisiert hatte. Das Referat des [illegible]treters des Badischen Bauern- und Pächterbundes, übrig, [illegible]gisterte Zustimmung aller Anwesenden. Nach einer regen [illegible]sion wurde ein Bauernkomitee gebildet, dem 5 Kleinbauern [illegible] hören. Das Bauernkomitee soll durch Hinzunahme von [illegible] sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern noch [illegible] werden.

Neue KPD-Ortsgruppe als Erfolg des roten Bauerntages

Als ein Ergebnis seiner Arbeit auf dem Lande kann der [illegible]bezirk Bremerhaven die Gründung der neuen Ortsgruppe Längen buchen. Nach mehrmaligen Diskussionen mit einem [illegible] Landarbeitern und Kleinbauern wurden in einer Zusammen[illegible] 12 Landarbeiter und Bauern in die Kommunistische Partei [illegible]nommen. Diese neue Ortsgruppe organisierte sofort eine öffentliche Versammlung, die stark besucht war. Es wurden weitere Bauern [illegible] in die KPD gemacht.

Nazi ermordet schwangeres Mädchen

Im Walde bei Honnef am Rhein wurde eine Frauenleiche an einer Bank erhängt aufgefunden. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß das Mädchen ermordet war. Der [illegible]jährige Schächtergeselle Hermann Cöwen aus Euskirchen bei Bergheim (Eifel) wurde verhaftet und legte ein Geständnis ab. Cöwen ist Mitglied der NSDAP und der [illegible]

SAJler kommen zum KJVD

In Guenzburg (Bayern) erklärten 5 Mitglieder der Sozialistischen Arbeiter-Jugend ihren Uebertritt zum Kommunistischen Jugendverband. Bemerkenswert ist, daß Guenzburg, ein [illegible] Ort im bayerischen Landgebiet ist, in einer Gegend, in der der Faschismus besonders zu Hause ist.

In Holland wurden die Zölle für die Fleischeinfuhr erhöht, [illegible] eine Beschränkung der Einfuhr ab 1. Januar 1932 angekündigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311120-14/fragment/page=0002

Japan besetzt die Nordmandschurei

Die Schlacht um Tsitsikar — Immer neue Divisionen rollen an die mandschurische Front — Freche japanische Note an die Sowjetregierung — Verlogene Vorwände für einen Ueberfall auf die Ostchinabahn

Mukden, 19. November. Die japanischen Truppen rückten gestern um 8 Uhr abends in Tsitsikar ein und entwaffneten die chinesischen Polizisten. Unmittelbar nach ihrem Einmarsch veröffentlichten die Japaner eine Bekanntmachung, in der sie den Einwohnern unter Androhung schwerster Strafen befehlen, sich den gesetzlichen Anordnungen zu fügen.

Der „Times"-Korrespondent in Tokio meldet: Nach Mitteilung des japanischen Kriegsministeriums begann der Angriff der Japaner am Nonnifluß um 3 Uhr mit Artillerievorbereitung. Um 6 Uhr ging Infanterie gegen die chinesische Hauptstellung vor. Um 13 Uhr passierte ein japanischer Panzerzug Angantschi, kreuzte darauf die chinesische Ostbahn und hatte abends Tsitsikar erreicht.

Ueber die Niederlage der chinesischen Truppen in der Mandschurei berichtet Sonderkorrespondent der „Daily Mail" in Charbin: Die Japaner griffen um 5 Uhr früh mit 5000 Mann aller Waffengattungen — Infanterie, Kavallerie, Tanks, schweren Bombenflugzeugen und Panzerzügen — an und durchbrachen die Front der Chinesen, die auf dem Rückzuge hartnäckigen Widerstand leisteten. Ein Gegenangriff bei Angantschi verzögerte das japanische Vordringen. Der Nonnifluß ist jetzt zugefroren; chinesische wie japanische Soldaten leiden schwer unter der bitteren Kälte.

Gegenwärtig sind die japanischen Truppen am Nonnifluß auf über 5000 Mann erhöht worden, einschließlich einer starken Luftstreitmacht mit Bomben-, Kampf- und Erkundungsflugzeugen, während General Ma über keine Flugzeuge verfügt.

Die Absicht der Japaner soll dahin gehen, in der Provinz Heilungkiang eine Schattenregierung einzusetzen, wie sie bereits in anderen Gebieten der Mandschurei besteht.

Nach Meldungen aus Tokio sind die Verluste in der gestrigen Schlacht auf beiden Seiten sehr groß gewesen.

Immer neue Divisionen

Mukden, 19. November. Der japanische Generalstab sandte noch eine Division nach der Mandschurei ab. Die Japaner besetzten im Kreise Futschou (Provinz Mukden) die chinesischen Kohlengruben, die bereits seit zehn Jahren von den Chinesen ausgebeutet werden. Es wurde eine japanische Verwaltung eingesetzt.

Die Japaner konfiszierten ferner alle Geldmittel Tschanghsueliangs und der alten Mukdener Regierung und übergaben die beschlagnahmten Beträge den japanischen Banken.

Gute Zeiten für die englische Kriegsindustrie

London, 19. November. Die Firma Rolls Royce erhielt aus Japan ein dringendes Telegramm mit dem Ersuchen, mitzuteilen, in welcher kürzesten Frist sie Flugzeugmotoren von 825 PS. an Japan liefern kann. Die Motoren sind für Hydroaeroplane der japanischen Kriegsflotte bestimmt, die Japan nach Zeichnungen der englischen Firma Short baut.

Ein weißgardistischer Pufferstaat?

Moskau, 19. November. Aus Charbin wird gemeldet, daß das japanische Kommando chinesische Truppenteile formiert. In diese Truppenteile treten auch russische Weißgardisten ein.

In den weißgardistischen Kreisen Charbins wird erklärt, daß die Japaner dem weißgardistischen Ataman Semenow den Vorschlag gemacht haben, die Administrativgewalt im Gau von Ussuri, den die Japaner in einen Kosaken-Pufferstaat verwandeln wollen, zu organisieren.

Auf der Station Mandschuria verhafteten die chinesischen Behörden drei Weißgardisten, die von den japanischen Behörden mit verdächtigen Zielen nach dorthin gesandt worden sind.

Eine japanische Drohnote

Heuchlerische Vorwände für einen sowjetfeindlichen Anschlag

Tokio, 19. November. Die japanische Regierungsagentur verbreitet die folgende amtliche Mitteilung: Die Regierung ersuchte den Sowjetbotschafter Litwinoff in freundschaftlicher Weise, auf die Gefahr ernster Verwicklungen aufmerksam zu machen, die entstehen könnten, wenn (!) die Sowjetunion Truppen nach der nördlichen Mandschurei schicken würde (!).

In ihrer Antwort auf die Vorstellungen der Sowjetregierung erklärt die japanische Regierung, die Gerüchte, wonach die Sowjetunion China unterstütze, seien nicht von Japan ausgegangen, sondern vermutlich (!) von den Behörden von Heilungkiang ausgesprengt worden, um ihre Truppen zu ermutigen. Die Sowjetunion müsse sich also bei den Chinesen beklagen, wenn Moskau wirklich eine Politik strengster Neutralität einhalte. Japan hofft (!), daß die Sowjetunion eine peinlich neutrale Haltung einnehmen werde. Es wache (!) darüber, daß den russischen Interessen kein Abbruch getan werde.

Die ostchinesische Eisenbahn, die sich an der Beförderung chinesischer Truppen nach Tsitsikar und Angantschi beteiligt habe, müsse sich mit den Chinesen in die Verantwortung teilen (!), wenn es zu einem ernsthaften Kampfe zwischen Chinesen und Japanern komme.

Warschauer Verkehrsstreik verschärft

Magistrat zur Rücknahme des Lohnraubes gezwungen — Der Kampf geht als revolutionärer Massenstreik weiter — Tausende demonstrieren

Warschau, 19. November. Der entschieden durchgeführte Streik der Warschauer Straßenbahner, der den gesamten Verkehr in der polnischen Hauptstadt stillegte und die gespannte innenpolitische Lage noch bedeutend verschärfte, hat den Magistrat bereits zu einem Rückzug gezwungen. Die Lohnkürzungen sind zurückgenommen worden. Das Juligehalt wurde als Mindestgehalt anerkannt, von dem weitere Abzüge nicht mehr gemacht werden dürfen. Die Streikenden verlangen jedoch darüber hinaus eine 5prozentige Lohnerhöhung und die Freilassung des beim ersten allgemeinen Verkehrsstreik verhafteten revolutionären Streikkomitees.

Die Straßenbahner faßten den Beschluß, unter ihrer revolutionären Führung weiter im Streik zu verharren, bis alle Forderungen erfüllt sind. Die Regierung hat die gesamte Polizeigewalt gegen den Streik konzentriert. Die faschistische Presse hat im Verein mit den sozialfaschistischen Gewerkschaftsführern ein wahres Trommelfeuer gegen die Kämpfenden eröffnet.

Nach Abbruch der Verhandlungen beim Magistrat formierten sich gestern die streikenden Straßenbahner gemeinsam mit tausenden Arbeitslosen zu einer mächtigen Demonstration im Stadtinnern, bei der der kommunistische Abgeordnete Rozek mehrmals zu den Arbeitern sprach. Später kam es zu blutigen Kämpfen mit der Polizei, die die Demonstrationen aufzulösen versuchte.

Bulgarische Henkerregierung auf dem Rückzug

Steigert den Protest!

Sofia, 1'. November. (Inprekorr.) Die offizielle „Bulgarische Agentur" verbreitet folgendes Telegramm: „Anläßlich des Eintreffens von Hunderten von Protesttelegrammen aus dem Auslande und von ähnlichen Organisationen wie die Internationale Rote Hilfe hat Ministerpräsident Muchanow Pressevertretern gegenüber die Erklärung abgegeben, daß von der eingeleiteten Untersuchung festgestellt worden ist, daß von der Kommunistischen Partei Bulgariens Bewegungen zum Sturz der gegenwärtigen Staatsordnung vorbereitet und geführt wurden. Die Angeschuldigten haben volle Geständnisse abgelegt und ihre Beteiligung an der Verschwörung eingestanden. Die Behörden mußten deshalb zum Schutze der Ordnung und Ruhe des Landes Maßnahmen ergreifen."

Dieses Telegramm zeigt, daß die bulgarische Henkerregierung mit Muschanow-Gitschew (Demokratische Partei und faschistischer Bauernbund) an der Spitze unter dem Druck des Massenproteststurmes in Bulgarien und der Empörung im Auslande, die in Hunderten von Protesttelegrammen an die bulgarische Regierung zum Ausdruck kam, bis zu einem gewissen Grade in die Defensive gedrängt wurde. Sie versucht jetzt, die Morde und Folterungen zu vertuschen und zu rechtfertigen.

Das Gerede über „volle Geständnisse" der Ermordeten bezüglich ihrer Beteiligung an einer „Verschwörung" gehört zu den übelsten Polizeimachen der faschistischen Henker. Wann immer sie Anschläge gegen die revolutionäre Bewegung und ihre Vorkämpfer unternommen haben, verbreiteten sie das Märchen der „Geständnisse".

Die Protestkampagne des internationalen Proletariats muß weitergeführt werden bis zum vollständigen Rückzug der bulgarischen Regierung. Einstellung der Verfolgungen gegen die Arbeiter und werktätigen Bauern, Freilassung aller revolutionären Gefangenen, keine Auflösung der Arbeiterpartei und der Unabhängigen Gewerkschaften, Hände weg von den Mandaten der Arbeiterdeputierten — das ist der Ruf des internationalen Proletariats!

K. OLECTIV

Die letzten Tage von ...

Copyright by „Die Rote Fahne".

21. Fortsetzung

Als der breite Nazimann sich allein sah, da griff er mit der Linken, als sie einen Augenblick frei war, in die Tasche und holte ein Schießeisen hervor. Gerade als er losdrückte, bekam er von einem Arbeiter einen furchtbaren Schlag auf die Hand. Bevor der Revolver zu Boden fiel, war aber schon ein Schuß gefallen. Er hatte einen der Festhaltenden leicht am Arm getroffen, war dann nach hinten gegangen und der Grete unter die linke Schulter gedrungen. Ohne einen Ton war sie zusammengesunken.

Im Nu entstand eine wütende Keilerei. Die Nazis gingen mit Messern, Dolchen, Schlagringen und ähnlichen Instrumenten gegen die Arbeiter los. Diese gebrauchten ihre Fäuste, und noch ehe die Polizei angekommen war, hatten eine ganze Reihe von Nazis geschwollene Augen und Beulen an allen möglichen Stellen. Von den Arbeitern waren bereits drei durch Stiche verwundet worden.

Als die Polizei kam, riegelte sie den ganzen Kreis der Kämpfenden ab und suchte sie auseinanderzureißen.

Endlich gelang es, die Gegner zu trennen. In zwei Gruppen getrennt standen sie sich gegenüber. Zwischen ihnen ein blutiger, stöhnender Haufen Fleisch. Die Grete.

Die Rettungswache, die sofort von der Polizei alarmiert wurde, holte sie ab.

Nazis und Arbeiter wurden aufgeschrieben. Von den Uniformierten wurde keiner zur Wache mitgenommen. Von den übrigen im ganzen zehn.

Grete war bewußtlos. Sie hatte viel Blut verloren und war gräßlich zertreten worden. Der benagelte Schuh eines uniformierten Nazis hatte auf ihrer Brust einen scharfen Abdruck hinterlassen.

Eine Schwester kam, um den Körper zu waschen. Sie hatte schon vieles gesehen. Aber sie mußte sich erst langsam an das Bild gewöhnen, das die Grete bot.

Grete wurde gewaschen, die Wunde wurde untersucht — aussichtslos. Operation lohnte gar nicht mehr. Es handelte sich um Stunden.

„Wenn man nur wüßte, wer dies Mädel ist, dann könnte man wenigstens noch die Angehörigen benachrichtigen," meinte der Arzt.

„Ob sie noch mal zum Bewußtsein kommt?" fragte die Schwester?

„Schon möglich, aber wir wollen hoffen, daß sie so rüberdämmert."

Grete regte sich. Aber zu Bewußtsein kam sie nicht.

Die Schwester hatte anderes zu tun, als bei der dreiviertel Leiche zu sitzen. Es war ja alles für sie getan, was getan werden konnte.

Als die Schwester nach zehn Minuten wieder an Gretes Bett kam, flackerten ihre Augenlider. Sie kam doch noch mal zum Bewußtsein zurück.

„Schade!" dachte die mitleidige Schwester. „Das hätte ihr erspart bleiben können."

„Fritz, komm zu mir!" hörte die Schwester sie flüstern.

Die Schwester beugte sich ganz dicht über die Sterbende, und fragte: „Wo wohnt Fritz?"

Grete gab die Adresse, aber dann war es mit ihr vorbei. Sie versank wieder in Bewußtlosigkeit.

Die Schwester benachrichtigte sofort die von Grete gegebene Adresse. Aber Fritz war nicht zu Hause. Er war schon bei Käte, wo er auf Grete wartete.

Fritz war also nicht zu erreichen.

Die Schwester ging zurück an Gretes Bett.

Es ging jetzt rapid abwärts mit ihr. Der Atem kam immer schwerer. Die Wunde blutete stärker, und der Verband wurde rot.

Langsam sickerte das Blut durch. Langsam ging der Atem. Die Schwester glaubte schon, es sei endgültig aus. Da schlug die Grete noch einmal die Augen weit auf. Aber sie sah die Schwester nicht. Sie sah den Fritz. Und der Fritz wurde immer größer und stärker. Und es war nicht ein Fritz, neben ihm wuchsen immer neue Fritze, Hunderte, Tausende, Hunderttausende, Millionen, die ganze Welt war voll. Und mit mächtigem Schritt zog diese Armee von Fritzen am Rathaus vorbei. Und ganz niedriges Gewürm, das auf dem Boden herumkroch, wurde von ihren Stiefeln zertreten. Aber wenn die Fritzen ihre Schuhe im Marsch wieder emporhoben, dann waren sie ganz sauber, als ob sie gar kein Gewürm zertreten hätten. Immer neue Scharen zogen vorbei.

Der Zug der Marschierenden wollte kein Ende nehmen.

Grete zog es immer stärker, auch mitzumarschieren. Jetzt sah sie, daß auch Frauen unter den Marschierenden waren. Da hob sie ihre Hände und bat die anderen, sie mitzunehmen. Und ganz behutsam faßte sie einer der Marschierenden und stellte sie auf die Füße mitten in die Reihen, wo gerade ein Platz frei war.

Als sie den ersten Schritt tat, um mitzumarschieren, da fühlte sie sich auf einmal ungeheuer glücklich. Sie war gar nicht mehr schwach. Sie war riesig stark wie all die anderen, die mit ihr marschierten. Sie gab ihrem ganzen Körper einen gewaltigen Ruck, und sah plötzlich, daß sie eine von Vielen geworden war, groß und stark und einig.

Die Schwester rief den Arzt und dieser sah, daß Grete gestorben war. Sie lag seitlich auf dem Bett. Den Kopf schief zurückgeworfen, von einer letzten ruckartigen Bewegung, die der Körper vor der endgültigen Ruhe und Starrheit noch einmal versucht hatte.

„Lassen wir sie hier, bis jemand von der Adresse kommt, die sie angegeben hat. Sie haben doch die Leute benachrichtigt?"

Die Schwester nickte: „Ja ..."

22. Kapitel.

Um 11 Uhr abends war Fritz nach Hause gekommen. Der Abend war ganz anders gewesen als er ihn sich vorgestellt hatte. Grete war nicht gekommen und Käte hatte unendlich viel von der Betriebsversammlung und ihrer Arbeit, die sie jetzt übernommen hat, zu erzählen. So kamen sie vom Hundertsten ins Tausendste — aber alles hatte mit Partei- und RGO.-Arbeit zu tun.

Käte mußte feststellen, daß sie sich noch nie so gut mit Fritz unterhalten hatte. Sie hatten sich jetzt so sehr viel mehr zu sagen und konnten einander noch viel mehr sein.

Als Fritz auf die Uhr sah, war es ein Viertel vor elf. Fritz sprang auf. Ein schneller Kuß und schon ging er los, denn er wollte zu Hause noch einiges arbeiten, und morgen hieß es wieder früh an der Arbeit stehen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311120-14/fragment/page=0003
DFG

Rund um den Erdball

Matuska im Kreise weißgardistischer Arbeitermörder

Die verzweifelten Anstrengungen der ungarischen Polizei, das Vorleben des weißgardistischen Offiziers, Arbeitermörders und Eisenbahnattentäters Matuska in ein undurchdringliches Dunkel zu hüllen, werden jetzt in einem 80 Seiten starken „Weißbuch" des berüchtigten Budapester Polizeihauptmann Hetenyi fortgesetzt. In diesem Buch will uns der Polizeihauptmann aufschwatzen, daß Matuska keiner politischen Partei und keiner Sekte angehört, und daß er die furchtbaren Attentate von Jüterbog und Bia Torbagy ohne Mithilfe dritter Personen ausgeführt habe Merkt ihr was! Jetzt, wo bereits alle Welt zu ahnen beginnt, daß bei dem Attentat von Bia Torbagy eine faschistische Terrororganisation ihre schmutzig-blutigen Finger im Spiel hatte, um „Gründe" für das Standrecht in Ungarn zu liefern, ist der „Kommunist" Matuska plötzlich kein Kommunist mehr, sondern ein „armer religiöser Irrer". Nun, dieser „religiöse Irre" hat sich jedoch, wie unser Bild zeigt, im Kreise der ungarischen weißen Offiziere und sonstigen Arbeitermörder sauwohl gefühlt. Der „freundlich blickende Herr" (×) im Hintergrund unseres Bildes, das wir der „Wiener Arbeiter-Zeitung" entnehmen, ist der über Nacht plötzlich „unpolitisch" gewordene Sylvester Matuska. . .

20. 11. 31

Aus Naturwissenschaft und Heilkunde

Die Erforschung des männlichen Sexualhormons

Dem Göttinger Privatdozenten Dr. Butenandt ist es nach langen schwierigen Versuchen jetzt gelungen, das männliche Sexualhormon chemisch rein darzustellen. Er nahm, wie dies auch beim weiblichen Sexualhormon gemacht wurde, den Urin als Ausgangsmaterial. Wie die Versuche Steinachs und Voronoffs ergeben hatten, mußte im männlichen Urin ein Stoff enthalten sein, der, von den Geschlechtsdrüsen stammend, als sexueller Reizstoff aufzufassen ist. Die Versuche, dieses Hormon zu gewinnen, scheiterten immer noch daran, daß es in außerordentlich geringen Mengen im Urin enthalten war. Erst durch chemische Eindickung des Urins zu einer wenige Liter fassenden ölartigen Substanz wurde es möglich, hieraus 15 Milligramm des männlichen Drüsenhormons zu gewinnen, was ungefähr 25 000 Litern Urin entspricht.

Die näheren Untersuchungen, die hinsichtlich der chemischen und physiologischen Wirksamkeit veranstaltet wurden, ergaben, daß der männliche Keimstoff chemisch „neutral", der weibliche dagegen „sauer" reagiert. Beide Hormone sind in ihrer chemischen Substanz noch nicht völlig geklärt und können infolgedessen auch noch nicht künstlich aus ihren einzelnen Bestandteilen hergestellt werden. Jedoch weiß man schon, daß das weibliche Hormon eine „ungesättigte", das männliche dagegen eine „gesättigte molekulare" Verbindung ist.

Die Kenntnis der Hormone ist uns erst durch den jüngsten Zweig medizinisch-naturwissenschaftlicher Forschung, durch die physiologische Chemie, vermittelt worden. Sehr viele Drüsen des tierischen und menschlichen Körpers, wahrscheinlich auch der Pflanzen, geben nämlich neben ihren sichtbaren Absonderungen (Sekreten) auch noch Reizstoffe ab, deren Vorhandensein die Tätigkeit einzelner Organe und schließlich des gesamten Körpers ursächlich anregt. Die Eierstöcke können zwar geschlechtsreife Eier in die Gebärmutter leiten, jedoch ist deren Befruchtung nur dann möglich, wenn das weibliche Hormon von den Drüsen in den Blutkreislauf abgegeben wird. Aehnlich ist es auch bei dem männlichen vom Hoden abgesonderten Sexualhormon.

Aufschlußreiche Versuche in Moskauer Sanatorien

Im Moskauer physiologischen Institut sind mit diesem männlichen Sexualhormon, dessen Anwesenheit man ja schon lange vor seiner Reindarstellung kannte, sehr interessante Versuche in der Pferdezucht vorgenommen worden. Man injizierte den Deckhengsten eingedickten Hengsturin und erzielte damit eine größere sexuelle Leistungsfähigkeit der Tiere. Brachte man dieselbe Menge Urin aber in den weiblichen Blutkreislauf, so wehrte sich die Stute auch in der Brunstzeit gegen das Belegtwerden. Derart vorbereitete weibliche Tiere wurden auch niemals trächtig.

Ueber ähnliche Versuche berichten in der neuesten „Klinischen Wochenschrift" Voß und Loewe, die mit dem Sexualhormon, das hier „Androkinin" genannt wird, verschiedene Tiere behandelt haben. Die Zuführung verhältnismäßig geringer Mengen männlichen Sexualhormons auf weibliche Meerschweinchen hat eine deutliche Veränderung der Geschlechtsorgane zur Folge: das Tier wird maskuliert, also männlich gemacht. Kastrierte männliche Meerschweinchen bedurften außerordentlich geringer Mengen, um ein deutliches Wachsen der verkümmerten Geschlechtsorgane aufzuweisen.

Schon früher ist ja durch Ueberpflanzen männlicher Keimdrüsen, der Hoden, auf weibliche Tiere die Maskulierung, also Vermännlichung, der Tiere gelungen. Jedoch glaubte man, daß es sich um eine Wirkung eben dieser geglückten Hodeneinpflanzung handle. Die neueren Versuche aber zeigen, daß die Maskulierung auch mit dem von der Drüse gelösten Hormon gelingt.

Noch gänzlich ungeklärt ist die Frage, ob nicht auch im weiblichen Körper männliches Sexualhormon gebildet wird. Dafür sprechen vor allem die Versuche Steinachs, dem es gelang, aus bestimmten Teilen der weiblichen Eierstöcke, den „gelben Körpern", die als Narbe nach der Loslösung eines befruchtungsfähigen Eies im Eierstock übrigblieben, einen Extrakt zu gewinnen, dessen Einspritzung bei weiblichen Tieren die Maskulierung zur Folge hatte. Offenbar wird also im weiblichen Körper männliches Sexualhormon gebildet, sehr wahrscheinlich auch im männlichen Körper weibliches. Das Verständnis dieser zunächst so verblüffenden Tatsache wird wesentlich dadurch erleichtert, wenn man sich vor Augen hält, daß ja im ersten Drittel der Schwangerschaft die Differenzierung des Geschlechtes noch nicht erfolgt ist. Bis zu diesem Zeitpunkt ist die Frucht als teils männlich, teils weiblich anzusehen. Welche Gründe die spätere einseitige sexuelle Entwicklung zur Folge haben, ist bisher noch nicht bekannt. Man vermutet nur, daß gewisse winzig kleine Körperchen, die bei der Teilung der Zellkerne in der ersten Zeit der Schwangerschaft entstehen, hierbei eine wesentliche Rolle spielen.

Dr. Swienty.

Explosion auf hoher See

Zehn Todesopfer — Wilde Panik an Bord

London, 19. November. An Bord des Motorschiffes „[illegible]", das auf dem Yangtse Verwendung findet, hat sich eine Explosion ereignet, der 14 Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Die Explosion geschah im Maschinenraum, wo vier Heizer und Maschinisten getötet wurden. Das Schiff, das 200 Fahrgäste an Bord hatte, fing sofort Feuer, und in der darauf folgenden Panik sprangen zehn Chinesen über Bord und ertranken.

Dem Kapitän gelang es trotz der hohen Flammen, die bald das ganze Schiff ergriffen, sein Fahrzeug bei Tschungkiang auf Grund zu setzen und Fahrgäste und Besatzung zu retten. Der Kapitän und mehrere Fahrgäste wurden von den Behörden festgenommen und mehrere Stunden lang in Haft gehalten.

Mit 25 Mann in die Tiefe

Spanischer Getreidedampfer im Schwarzen Meer gesunken

London, 19. November. Nach einer Meldung aus Istanbul ist der spanische Getreidedampfer „Harvague", 7600 Tonnen, im Schwarzen Meer gesunken. Die 25 Mann starke Besatzung ist umgekommen.

Blutiger Erbschaftsstreit

Mutter, Bruder und Schwägerin angeschossen

Koblenz, 19. November. Infolge Erbschaftsstreitigkeiten kam es am Abend des Bußtages im Vorort Lützel zu einer schweren Bluttat.

Im Verlauf einer Auseinandersetzung bedrohte der 33jährige Heinrich Mergelsberg, der seit 14 Tagen bei seiner Mutter und seinem verheirateten Bruder, dem Bäckermeister Wilhelm Mergelsberg, wohnte, seine Mutter. Die Mutter flüchtete in die Küche, wo sich der Bäckermeister mit seiner Frau befand. Als der Bäckermeister seinen Bruder wegen des Vorfalles zur Rede stellen wollte, jagte ihm dieser zwei Schüsse in den Kopf, die ihn lebensgefährlich verletzten. Dann schoß er auf die Mutter, die von der Kugel in die Hand getroffen wurde.

Inzwischen war die Frau des Bäckermeisters geflohen. Der Rasende lief ihr nach und schoß sie in den Rücken. Die Kugel durchschlug die Wirbelsäule und die Lunge. Dann lief der Täter zurück ins Haus und brachte sich einen lebensgefährlichen Schuß in den Kopf bei. Die Verletzten wurden dem Krankenhaus zugeführt. Der Täter, sein Bruder und dessen Frau befinden sich in Lebensgefahr.

Barbarische Hinrichtungen

Das ist Amerika, „Gottes eigene Land"!

Chikago, 19. November. Geradezu haarsträubende Vorgänge ereigneten sich im hiesigen Gefängnis bei der Hinrichtung von vier zum Tode Verurteilten durch den elektrischen Stuhl, der neu, aber mangelhaft aufgebaut worden war. Nachdem der erste Todeskandidat den Stuhl bestiegen hatte, wurde der Strom eingeschaltet. Der Tod trat jedoch nicht sofort ein. Das Publikum, das von außen die Szene beobachtete, geriet in große Erregung. Einige Personen fielen in Ohnmacht.

Erst nachdem der Strom ausgeschaltet worden war und dann ein zweites Mal den Stuhl durchströmte, wurde der Mann getötet. Um den zweiten Verbrecher hinzurichten, waren acht Minuten notwendig. Für den Tod des dritten brauchte man sechs und für die Hinrichtung des vierten ebenfalls sechs Minuten. Bei richtigem Funktionieren des elektrischen Stuhls hätte der Tod sofort nach Einschaltung des Stroms eintreten müssen.

Bekanntlich nennen hundertprozentige amerikanische Spießer die Vereinigten Staaten in heuchlerischer Ruhmseligkeit „Gottes eigene Land". Darauf gäbe es eine treffende Antwort. Aus Notverordnungsgründen müssen wir sie uns leider verkneifen.

Schwerarbeiter in Uniform

Die Berliner Briefträger sind verpflichtet, auf ihren Bestellgängen Briefe und kleinere Pakete im Gesamtgewicht bis zu 50 Pfund mitzunehmen.

Aus der Beamtenreportage der neuen AIZ.

Verantwortlich: Alfred Hendrich, Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311120-14/fragment/page=0004

Die RGO-Jugend im Angriff

Die Firma Rohbusch, Weißenfels, wollte einen Lohnabbau von Pfennigen pro Stunde durchführen. Die Firma beschäftigt einen großen Teil Jungarbeiter. Diese machten die Bude sofort streikfertig. Der Firmeninhaber erkannte den entschlossenen Kampfwillen der Jugendlichen und der Lohnabbau wurde nicht durchgeführt.

*

In der Sidol, Wittenberg, sollte die Vierzigstundenwoche ohne Lohnausgleich eingeführt werden. Die Belegschaft besteht zum großen Teil aus Jungarbeiterinnen. Mit einer in allen Abteilungen gründlich durchgeführten Kampfmobilisierung erreichte die Belegschaft, daß der Lohnabbau verhindert wurde. Jungarbeiterinnen waren äußerst aktiv. Die Belegschaft ist entschlossen, jede betriebliche Verschlechterung durch Kampf zu verhindern.

*

In Halle war bei Beginn des Unterrichts in der Berufsschule eine Klasse nicht geheizt, und zwar eine Klasse der Berufsschülerinnen. Die Klasse trat sofort in den Streik und erreichte einen guten Erfolg.

In Merseburg, in Gräfenhainichen und in einer Reihe anderer Orte verhinderten die Jungerwerbslosen die Einführung der Berufsnotpflichtschulen. Bei allen Erwerbslosenaktionen, bei den Schichtarbeiterstreiks standen und stehen die Jungerwerbslosen in der vordersten Front. Bei 10 Erwerbslosenausschüssen bestehen Jugendkommissionen. **Unter Führung dieser Einheitsorganisation werden die erwerbslosen Jungarbeiter überall kämpfen und siegen.**

Gegen die Prügelstrafe in den Berufsschulen

A.-K. In den Berufsschulen steht die Prügelstrafe immer noch hoch in Blüte. Besonders in Zörbig ist sie an der Tagesordnung. Immer wieder sind es dieselben Lehrer, die mit Argumenten des Faustrechts Schülern Weisheit einbläuen wollen. Durch solch barbarisches Vorgehen" wollen sich verschiedene Lehrer eine gute Stimmung machen, weil sie die Entlassung fürchten. Gegen die Prügelstrafe muß schärfstens Front gemacht werden.

Im Hauptausschuß des Preußischen Landtages erklärte ein Oberschulrat, ihm sei nur ein einziger Fall von Prügelstrafe in der letzten Zeit bekannt. Im übrigen gebe es keine. (!) Er werde sich selbst bemühen, die Prügelstrafe überall abzuschaffen.

In den Berufsschulen Zörbig und Piesteritz fanden Schülerversammlungen statt. In beiden Schulen verlangten die Schüler einer Entschließung die Abschaffung der Prügelstrafe und menschliche Behandlung. In Piesteritz fand sich ein SAZler, der meinte, die Lehrer seien zu nervös und wenn es Prügel setze, seien die Schüler meistens selbst schuld. Der SAZler steht mit seiner Ansicht isoliert. **Die Jungarbeiter wählen in allen Betrieben rote Vertrauensleute und organisieren den Kampf gegen Prügelei und für menschenwürdige Behandlung an allen Berufsschulen.**

„Freiwilliger" Jungarbeiterinnen-Unterricht in Zörbig

A.-K. Aus Zörbig wurden 18 Jungarbeiterinnen vom Arbeitsamt Bitterfeld zu einem Kursus delegiert. Das Fahrgeld von Zörbig bis Bitterfeld sollten die Jungarbeiterinnen vorerst auslegen von nicht vorhandenen Geldmitteln). Die Jungarbeiterinnen beteiligten zu der Fahrerei noch Lichtbilder und verschiedenes Material, Stoff, Zwirn usw. Die Eltern der Jungarbeiterinnen sind zum größten Teil erwerbslos. Nach der Lage der Jungarbeiterinnen und ihrer Eltern fragt niemand. Als die Jungarbeiterinnen bei dem Zörbiger Bürgermeister, einem Sozialdemokraten, vorstellig wurden, erklärte dieser, sie sollten sich alle Namen auf einer Karte fotografieren lassen und dann die Karte einschreiben. Er setzte hinzu: „Wenn ihr nicht zum Kursus kommt, wird euch die Unterstützung gesperrt!" Das nennt man einen „freiwilligen Unterricht"!

Es ist nichts anderes als die Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Die erwerbslosen Jungarbeiter, wie Jungarbeiterinnen, müssen die einheitliche Kampffront schließen unter Führung der RGO und überall geschlossen handeln, um alle rigorosen Maßnahmen abzuwehren.

Wachsender Kampfwille überall

Objektive Voraussetzungen zu Streiks gegen die Unternehmervorstöße sind in jedem Betrieb gegeben

(Eig. Meldung.) **Piesteritz**, 19. November.

A.-K. Im Stickstoffwerk Piesteritz versucht die Direktion die noch im Werk verbliebene Belegschaft für die Teno zu gewinnen. Die Herren Betriebsleiter üben dabei einen Druck aus. Sie drohen: wer nicht mitmacht, der fliegt. Doch fast alle Kollegen haben das Ansinnen der Direktion abgelehnt. Sie sind der Technischen Nothilfe nicht beigetreten und nimmermehr gewillt, eine Streikbrechergarde für die Chemiekönige abzugeben. Unter den noch im Betrieb stehenden Kollegen ist die Empörung äußerst groß. Die Kollegen rüsten mit den schon Entlassenen, also ausgesperrten Arbeitern, zum Streik.

(Eig. Meldung.) **Wittenberg**, 17. November.

A.-K. In der Schokoladenfirma Kant, Wittenberg, gab die Direktion bekannt, daß ein 4prozentiger Lohnabbau vorgenommen werde und ein 20prozentiger Akkordabbau. Die Löhne sind dort so niedrig, daß schon bis jetzt die Arbeiter und Arbeiterinnen mit hungrigem Magen zur Arbeit gingen. Lohn- und Akkordabbau bedeuten den völligen Ruin der Belegschaftsmitglieder. Besonders macht sich unter den Jungarbeiterinnen ein Kampfwille bemerkbar.

Konkrete Beschlüsse müssen gefaßt werden. Forderungen aufstellen und Kampfausschüsse wählen, das ist das erste, was sofort zu tun ist.

(Eig. Meldung.) **Ammendorf**, 19. November.

A.-K. In der Färberei und Wäscherei Mauersberger, Ammendorf, setzt der Unternehmer die Löhne der Arbeiterinnen nach Gutdünken fest. Ein gesetzlicher Betriebsrat ist in dieser Bude nicht vorhanden. Arbeiterinnen von 14–16 Jahren erhalten 30 Pf., von 16–18 Jahren 33 Pf. und über 18 Jahre 37 Pf. Lohn. Es wird verkürzt gearbeitet, mitunter nicht einmal 32 Stunden pro Woche. Liegt plötzlich „Hochkonjunktur" vor, so wird täglich 10 bis 12 Stunden geschuftet und Sonntags außerdem noch. Die Belegschaft sucht nach einem Ausweg.

Notwendig ist, daß die Arbeiterinnen sofort einen Betriebsrat wählen und daß sie darüber hinaus den ganzen Betrieb zum Kampfe mobilisieren. Ohne Kampf keinen Erfolg. Ohne Kampf nur Hungerlöhne und furchtbares Elend.

(Eig. Meldung.) **Nebra**, 17. November.

A.-K. Die Matrizenfabrik Nebra hatte im Sommer mal ihre Bude zugemacht, um alle roten Elemente los zu werden. Bei der Neueinstellung wurden angeblich nur „brave" Arbeiter bevorzugt. Jetzt zeigt sich, daß diese braven Arbeiter auch wieder rebellieren gegen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Besonders rebellieren sie gegen den Fabrikmeister Rothe, der hinter jedem Arbeiter herläuft und ihn zum Aeußersten antreibt. Die Betriebszustände sind äußerst liederlich. Schutzvorrichtungen fehlen. Eine Arbeiterin wurde der Mittelfinger von der Hand abgerissen und die übrigen Finger zerquetscht.

Auch in dieser Bude tut Kampfmobilisierung dringend not!

(Eig Meldung.) **Siebten**, 17. November.

A.-K. In der Belegschaftsversammlung der Grube „Walters Hoffnung" gaben die roten Betriebsräte einen Tätigkeitsbericht, der von den Kameraden restlos gebilligt wurde. Es sprach gleichfalls ein Vertreter des Bezirkskomitees der RGO über den bevorstehenden Lohnabbau im Braunkohlenbergbau. Er forderte zur schleunigsten Kampfmobilisierung aller mitteldeutschen Bergarbeiter auf. In der Diskussion wurden seine Ausführungen unterstrichen. **Die Versammlung begrüßte die Einberufung der Bergarbeiterkonferenz am 29. November. Zwei Delegierte wurden sofort gewählt. Ein Kamerad des Bergbau-Industriearbeiterverbandes, ein Kamerad des roten Einheitsverbandes.**

(Eig. Meldung.) **Halle**, 19. November.

A.-K. Bei der Metallfirma Magdeburg & Werther, Halle, wurden jetzt wiederum eine ganze Anzahl Kollegen entlassen. Die Firma tut das, um die im Betriebe verbliebenen Kollegen für einen Lohnabbau mürbe zu machen. In der Belegschaft herrscht die stärkste Erregung über die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, die sich um die Betriebsverhältnisse nicht kümmert und der es gleich gar nicht einfällt, etwa die Metallarbeiterschaft zum Kampfe gegen Lohnabbau zu mobilisieren. Weder bei Magdeburg & Werther noch bei anderen Firma ließ sich in den letzten Tagen ein Bonze sehen. Sie kommen nur in „ruhigen Zeiten", um Hetzreferate gegen die RGO zu halten. Wenn es brenzlig wird, sind sie nicht da!

Die Metallarbeiter müssen in allen Betrieben sofort Kampfausschüsse wählen. Nur der Streik kann die Unternehmerpläne durchkreuzen.

*

Diese Meldungen einiger Tage zeigen, daß wir alle Kräfte viel mehr auf die Betriebe konzentrieren müssen. Nur wenn wir die rote Einheitsfront unter Führung der RGO schaffen, werden wir kämpfen und siegen!

Lehrlinge der Halleschen Maschinenfabrik rüsten zum Kampf

A.-K. Die Lehrlinge der Halleschen Maschinenfabrik werden zu allerlei Dreckarbeiten herangezogen. Die Hilfsarbeiter wurden entlassen. Nun schindet der Unternehmer aus den Knochen der Lehrlinge seinen Profit. Die Lehrlinge müssen die Oefen sauber machen, alle Aufräumungsarbeiten verrichten, für ein praktisches Lernen ist nicht die geringste Gelegenheit geboten. Ostern fliegen die ausgelernten Lehrlinge auf die Straße und werden in die große Stempelarmee eingereiht. Das kapitalistische Deutschland läßt sie verkommen, während drüben in der Sowjetunion die Jungarbeiter die besten Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten haben. Bei den Lehrlingen der Halleschen Maschinenfabrik wächst der Kampfwille. **Noch haben die Kollegen konkrete Beschlüsse nicht gefaßt, aber sie werden es bald nachholen. Nur durch Kampf lassen sich die unmöglichen Arbeitsverhältnisse ändern.**

Die RGO schmiedet die Einheitsfront der Metallarbeiter

Die DMV-Bürokratie von Gevelsberg hatte eine Metallarbeiterversammlung einberufen, die von 1800 DMV-Mitgliedern besucht war. Der Bevollmächtigte Hedtstück und Tost vom Hauptvorstand des DMV wollten verhindern, daß Oettinghaus, der in dieser Versammlung erschienen war, zu den Metallarbeitern spricht. Die Reformisten haben einen Antrag, Oettinghaus als Redner zuzulassen, nicht zur Abstimmung gebracht. Daraufhin wurde die Abstimmung aus der Versammlung heraus vorgenommen mit dem Ergebnis, daß von 1200 Metallarbeitern 1100 für Oettinghaus stimmten. 1100 Metallarbeiter solidarisierten sich mit dem aus dem DMV ausgeschlossenen Genossen Oettinghaus, erklärten sich für die rote Einheitsfront der Metallarbeiter. Diese Tatsache zwang die reformistischen Führer, aus dem Lokal zu stehen, nachdem sie aber noch vorher angekündigt hatten, daß sie die Polizei mobilisieren werden. In der Tat wurde dann auch diese Versammlung der Opposition von der Polizei verhindert.

Die verräterische Politik der DMV-Bürokratie und das entschiedene Auftreten der RGO hatte zur Folge, daß die rote Einheitsfront durch diese Versammlung eine neue gewaltige Stärkung erhalten hat.

Oeffentl. Eisenbahner-Versammlung

Am Freitag, dem 20. November, 20 Uhr, findet im „St. Nikolaus" in Halle eine öffentliche Eisenbahnerversammlung statt. Der Führer der revolutionären Eisenbahner, Roman Chwalek M. d. R., spricht über:

„Der Eisenbahner und der neue Lohnabbau."

Eintritt 20 Pf. — **Freie Aussprache.**

Bezirkskomitee der RGO
Industriegruppe Eisenbahn

darum auch
Deutschlands meistgerauchte Cigarette o/M.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311120-14/fragment/page=0005

HALLE

Freitag, den 20. November 1931.

Ueber 23000 Erwerbslose in Halle

Die Zahl der Erwerbslosen in Halle ist in der Zeit vom 1. bis 15. November von 22 358 auf 23 132 gestiegen. Die Zahl der Unterstützungsempfänger steigerte sich von 11 035 auf 11 901; mithin erhalten 11 231 Erwerbslose keine Unterstützung aus der Erwerbslosenversicherung. Hinter diesen Ziffern verbirgt sich ein grauenhaftes Elend derjenigen Familien, deren Väter durch die kapitalistische Wirtschaftskrise verdienst- und brotlos gemacht wurden. In der letzten Stadtverordnetensitzung in Halle haben die bürgerlichen Parteien einschließlich der Nazis und der SPD das Notprogramm der Kommunisten mit Hohnlachen abgelehnt. Dieses Programm forderte u. a. eine einmalige Winterbeihilfe für die Erwerbslosen von 50 Mark, für ledige Erwerbslose von 30 Mark. Die Kommunisten hatten auch entsprechende Finanzierungsvorschläge gemacht, um den Familien der Erwerbslosen diese bescheidene Hilfe für den kommenden schweren Winter zuteil werden zu lassen. Die Tatsache, daß Bürgerblock, SPD und Nazis gegen diese Forderungen waren, kennzeichnet deren Arbeiterfeindlichkeit. Die Erwerbslosen dürfen nicht nur ihre Feinde erkennen, sondern müssen in einer einheitlichen Front die Durchsetzung ihrer Forderungen erkämpfen.

Fort mit § 218!

Die Staatsanwaltschaft in Halle hat gegen den Arbeiter Focke aus Dölau die Voruntersuchung wegen Totschlags eingeleitet. Focke hat bekanntlich am Dienstag morgen aus Verzweiflung über den Tod seiner zweiten Ehefrau seine beiden Kinder mit Gas vergiftet und dann einen Selbstmordversuch unternommen. Während er im letzten Augenblick noch gerettet werden konnte, sind die Kinder gestorben. Focke befindet sich im Krankenhaus, sein Zustand hat sich wesentlich gebessert. Er hat bereits wieder Selbstmordabsichten geäußert. Die Staatsanwaltschaft verdächtigt ihn, einen verbotenen Eingriff bei seiner Frau vorgenommen zu haben. Ob sich dieser Verdacht bestätigt, darüber ist nichts Bestimmtes bekannt. Er wird jedenfalls, sobald dies sein Zustand zuläßt, vom Untersuchungsrichter darüber vernommen werden.

*

Die furchtbare Familientragödie des Arbeiters Focke ist eine Auswirkung des § 218, der alle Arbeiterfrauen und -mädchen zwingt, Kinder zu gebären. Wenn eine Arbeiterfrau nicht gebären will, weil sie es nicht verantworten kann, einem Kinde das Leben zu schenken, das sie nicht ernähren kann, wird sie vom bürgerlichen Gericht mit Zuchthaus bestraft. Dies ist nur im kapitalistischen Deutschland möglich. Zehntausende von Frauen sterben jährlich an den Folgen des § 218. Auch die Frau des Arbeiters Focke und seine beiden Kinder sind ein Opfer dieses § 218. In der Sowjetunion ist der Gebärzwang aufgehoben. Dort ist es jeder Frau freigestellt, ob sie gebären will oder nicht. In dem Lande, wo die Arbeiter herrschen, brauchen sich die werktätigen Frauen auch keine Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder zu machen. Arbeiterfrauen, schließt euch in der revolutionären Front zusammen zum Kampf gegen den § 218 und gegen die bürgerliche Gesellschaft!

Zur genauen Feststellung der Todesursache der Frau Focke, Dölau, ist die Oeffnung der Leiche der Frau Focke angeordnet worden. Auch wegen des Todes der beiden Kinder hat der Staatsanwalt die Eröffnung der Voruntersuchung gegen Focke wegen Totschlags beantragt.

Die Nazis fühlen sich stark

Ein kommunistischer Arbeiter in Dölau erhielt in diesen Tagen von einem Nazimann folgenden „liebenswürdigen" Brief ins Haus geschickt:

„Endlich bist du roter Lump in unsere Liste mit eingereiht. Viele Mühe hat es uns gekostet, dich zu ermitteln. Hüte dich vor uns, du Schuft. Wir werden dich dereinst auch zu bestrafen wissen. Das (Hakenkreuz) Komitee.

Wir kommen bestimmt zu Dir!!!"

Solche Drohbriefe sind ja bei den Helden des Dritten Reiches nichts Neues. Immerhin ist es interessant festzustellen, daß das nationalsozialistische Gesindel gerade jetzt wieder derartige Mordandrohungen gegen revolutionäre Arbeiter ausstoßen. Diese Frechheiten und Provokationen bestätigen die von uns schon öfters

Auf gegen den Faschismus!

Am Freitag, dem 20. November, findet abends 8 Uhr im „Gesellschaftshaus" eine Jugendkundgebung statt. Thema: „Das Verbrechen der Nazis an der werktätigen Jugend". — Jungsportler, erscheint in Massen. Heraus zur Abrechnung mit den Faschisten!

gemachte Feststellung, daß die Nazibanditen sich auf einen „großen Schlag" gegen die Arbeiterschaft vorbereiten. Deshalb ist es notwendig, daß die Arbeiter in allen Ortschaften und Wohngebieten überparteiliche Abwehrorgane gegen den faschistischen Terror, Häuserblockschutzstaffeln, Erwerbslosenstaffeln usw. bilden. Die Nazis fühlen sich stark, aber an der einheitlichen Kampffront der Arbeiterklasse müssen alle faschistischen Provokationen und Gewalttätigkeiten zerschellen.

So sieht die Winterhilfe der Bourgeoisie aus

Das Jugend- und Fürsorgeamt von Halle hat einer erwerbslosen Arbeiterfamilie mit 5 Kindern eine schriftliche Mitteilung zugehen lassen mit der Aufforderung, sich „einige Stücke von der Winterhilfe" abzuholen. Als der erwerbslose Arbeiter mit seiner Frau beim Fürsorgeamt erschien, um die „Stücke" der Winterhilfe in Empfang zu nehmen, wurde ihnen ein Gutschein über 2 Mark ausgehändigt. Mit diesem Gutschein sollten sie in ein Hallisches Strumpf- und Trikotagengeschäft gehen, um dort Waren im Werte von 2 Mark in Empfang zu nehmen.

Die Eltern hatten bereits vorher wiederholt beim Fürsorgeamt Schuhe und Kleidungsstücke für ihre Kinder beantragt. Diese Anträge sind abgelehnt worden. Ist es da nicht ein Hohn, wenn eine siebenköpfige Familie, die sich in größter Not befindet, mit einem Gutschein von zwei Mark abgespeist wird. Für diesen Gutschein erhalten die Leute gerade ein Paar Strümpfe. An diesem Beispiel kann man ersehen, wie es mit der großzügigen Winterhilfe der satten Bourgeoisie in Wirklichkeit bestellt ist. Die Erwerbslosen dürfen sich nicht auf die „Wohltätigkeit" des Bürgertums und der reaktionären Organisationen verlassen, sondern müssen den Kampf für ihre Interessen und Forderungen in die eigene Hand nehmen.

Arbeiter, Angestellte und Beamte

schließt die gemeinsame Kampffront gegen jeden Lohn- und Gehaltsabbau, für den Soziali[smus]
Erfolgreiche Angestelltenversammlung im „Wintergarten" — Gen. Torgler zeigt den Weg zur Frei[heit]

Vor einer Zuhörerschaft, die den großen Saal des „Wintergartens" füllte, sprach gestern abend der Genosse Ernst Torgler, MdR, Vorsitzender des Beamtenausschusses im Reichstag, über das Thema: **„Angestellte und Beamte im Kampf gegen ihre Verelendung. Wo steht der Feind?"** In einer Rede von 1½ Stunden, deren überwältigende Stärke in ihrer großen Sachlichkeit lag, entwarf Genosse Torgler ein Bild von der tatsächlichen Lage des Beamten und Angestellten im kapitalistischen Deutschland. Und es ist wahrhaftig nötig, daß der Angestellte und Beamte von heute erkennt und weiß, welches sein wirkliches Los ist. Nicht hohle Phrasen waren es, die diese Schicht der Werktätigen auffordern sollten, in die Front des kämpfenden Proletariats einzurücken, sondern die nüchterne aber eben deswegen überwältigende Wucht der nackten Zahlen, die nicht etwa unklare Vermutungen zur Grundlage hatten, sondern die Statistiken und Erhebungen ganz unverdächtiger Stellen, nämlich staatlichen Behörden und der großen Beamten- und Angestelltenverbände.

Noch wiegen sich Massen von Angestellten und Beamten in dem trügerischen Bewußtsein, eine besondere „gehobene" Klasse zu sein. Unbarmherzig aber hat das kapitalistische System, vor allem der Monopolkapitalismus der Nachkriegszeit, alles dazu getan, aus den Angestellten z. B., deren Zahl von 1907 bis heute von 1,5 auf 4 Millionen anstieg, eine Masse zu machen, deren „Gehobenheit" nur noch in ihrem Bewußtsein ein schattenhaftes Dasein führt. Denn die Wirklichkeit sieht anders aus:

Nationalisierung und Mechanisierung haben aus dem „Kaufmann" einen Verwaltungsbeamten gemacht.

Tausende wurden auf die Straße geworfen und werden nicht mehr in den Arbeitsprozeß eingereiht, weil sie „zu alt" sind. Und das Durchschnittsmonatseinkommen derer, die noch im Büro sitzen können (rund ein Viertel der Angestellten sind erwerbslos!), beträgt nach amtlichen Erhebungen 140 Mark! Aber selbst diesem Minimum drohen neue Gehaltskürzungen. Die bürgerlichen und reformistischen Organisationen haben nichts dazu getan, um den „Gehalsabbau am laufenden Band" zu verhindern. Im Gegenteil, sie haben von sich aus sogar „Opfer" angeboten.

Liegt die Sache bei den Beamten anders?

Keineswegs! Auch hier eine Folge von Gehaltskürzungen, die besonders hart infolge der besonderen Notverordnungen Beamte der Länder und Gemeinden trafen. Zwischen 20 und 30 Prozent bewegt sich bei diesen der Abbau innerhalb eines Jahres! Aber noch mehr: Die Beamtenrechte, scheinbar der unantastbare Untergrund des Beamtentums, sind angetastet worden. Wohlgemerkt, immer bei der Masse der unteren Beamten, wie auch die angebliche „soziale Staffelung" des Gehaltsabbaus im Sommer sich nach den wahrhaft einwandfreien Feststellungen des Deutschen Beamtenbundes als eitel Lug und Trug herausstellte. Das Gehalt eines Postschaffners z. B. wurde um 14 Prozent gekürzt, das eines Oberregierungsrates aber um 13 Prozent!

Auch die Masse der Beamten gehört genau so in die Reihen des unter der Führung der KPD kämpfenden Proletariats wie die Angestellten!

Nur Kampf in einer einheitlichen Front vermag ein Ziel zu erreichen,

das bewiesen die Vorgänge auf der englischen Flotte. Das Schicksal der Beamten ist auf Gedeih und Verderb mit der Angestellten verbunden. Neue Lohn- und Gehaltssenkungen brachten nur ein weiteres Sinken der Kaufkraft, mehr Arbeitslosigkeit und weitere Not. Aus dem Widersinn, aus dem Wahnwitz des sterbenden kapitalistischen Systems vermag nur der bewußte Kampfwille einer starken Einheitsfront den befreienden Weg zu finden zu einem sozialistischen Deutschland.

Alles andere führt zum Untergang und zur Barbarei.

Stärkster Beifall am Ende der Rede, die mit einer packenden Aufforderung zum Eintritt in die Reihen der KPD und RGO schloß, bewies, daß die gesamte Zuhörerschaft Wort und Ziel der Rede billigte und bejahte.

In der Diskussion versuchte ein Redner der revolutionären Nationalsozialisten den Nutzen einer Massenpartei zu verneinen und den Weg der kleinen geschlossenen Kampfgemeinschaft zu empfehlen. Auch rief er dazu auf, vom „Bruderkampf" abzulassen. Schon die folgenden Diskussionsredner, die Genossen ... und M., die die Inaktivität der Angestellten- und Beamtenverbände geißelten, traten dem Redner entgegen, noch mehr aber Genosse Torgler in seinem Schlußwort. Eine Resolution für die RGO wurde einstimmig angenommen.

Und die Redner der Beamten- und Angestelltenverbände, die man brieflich eingeladen hatte, ihre Stellung zu vertreten, wo waren sie? Niemand war zu sehen, geschweige denn zu hören. Sie hatten gekniffen. Die Angestellten und Beamten werden aus dieser neuen Enttäuschung, die sich zu den bisherigen Erfahrungen gesellt, die Folgerungen zu ziehen wissen. Sie zögern nicht, dort sich anzuschließen, wo allein ihr Platz ist: bei KPD und RGO.

Verstärkte Werbearbeit für den Arbeiter-Konsum[verein]

Stoßtrupp beschließt schärfsten Kampf allen Gegnern der revolutionären Genossenschaftsbeweg[ung]

Am 16. November fand eine Sitzung der im Allgemeinen Konsumverein beschäftigt gewesenen Parteimitglieder gemeinsam mit den Funktionären der revolutionären Genossenschaftsopposition statt, die zu den nächsten Aufgaben des **Arbeiter-Konsumvereins Halle u. Umgegend** Stellung nahm. Nach eingehender Aussprache über die bisherige Entwicklung der neuen Organisation und über das Verhalten einiger Parteimitglieder, die in den früheren Verteilungsstellen des AKV private Lebensmittelgeschäfte errichtet haben, wurde **einstimmig** folgende Entschließung angenommen:

„Als Antwort auf die Schmiererei des „Volksblattes" zur Gründung des Arbeiter-Konsumvereins und auf das Verhalten einiger Parteimitglieder, die sich durch Gründung von Lebensmittelgeschäften nach ihren eigenen Angaben eine gesicherte Existenz zu schaffen suchen sowie auf die Bestrebungen einiger Parteimitglieder zur Bildung einer neuen „Migros", beschließen die Versammelten als Stoßtrupp „Aufbau Arbeiter-Konsumverein":

1. **Bildung von Agitationskommissionen in allen Stadtgebieten.**
2. **Aktivste Tätigkeit zur Werbung neuer Mitglieder für den Arbeiterkonsum mit dem Ziel, 2000 Mitglieder bis zum 1. Januar.**
3. **Revolutionärer Wettbewerb zwischen den einzelnen Stadtgebieten, um in kürzester Frist eine gesunde wirtschaftliche Basis für die Eröffnung weiterer Verteilungsstellen des Arbeiter-Konsumvereins zu schaffen.**
4. **Die Versammelten fordern schnellstes Eingreifen der Partei gegen alle Schädlinge der revolutionären Genossenschaftsbewegung."**

Auch im Stadtteil Norden hat die Parteimitgliedschaft zu dem Verhalten einiger früherer Lagerhalter des AKV, die durch die Eröffnung von Lebensmittelgeschäften den Aufbau des neuen Arbeiter-Konsumvereins auf das schwerste schädigen, Stellung genommen. Nahezu einmütig wurde das Verhalten dieser Parteimitglieder verurteilt. Es wurde gefordert, daß diesen Genossen Erklärungen unterbreitet werden sollen, durch deren Unterschrift sie das Schädliche ihrer Handlungsweise anerkennen und sich weiter verpflichten sollen, ihre Tätigkeit in dem Aufbau des neuen Arbeiter-Konsumvereins einzugliedern.

Wie wir von der Verwaltung des neuen Arbeiter-Konsumvereins erfahren, ist die Eröffnung der Lebensmittelgeschäfte durch die Lagerhalter ohne jegliche Verbindung mit der Organisation erfolgt. Die in diesen Geschäften angewandten übelsten kapitalistischen Geschäftsmethoden — Rabattgewährung, Zugabewesen usw. — widersprechen allen genossenschaftlichen Grundsätzen und sind nur auf eine Täuschung der Arbeiterschaft berechnet. Es steht damit fest, daß die in Frage kommenden Lagerhalter das bisher der genossenschaftlichen Organisation entgegengebrachte Vertrauen für ihre persönlichen Zwecke ausnutzen wollen. Die Verwaltung des Arbeiter-Konsumvereins weist daraufhin, daß die fortgesetzt einlaufenden neuen Beitrittserklärungen unter Beweis stellen, daß die Arbeiter und Arbeiterfrauen in Halle und Umgegend den Schwindel der Gründer von Lebensmittelgeschäften durchschauen und auf der genossenschaftlichen Basis am Aufbau des Arbeiter-Konsumvereins mitzuarbeiten gewillt sind.

In kurzer Frist wird der Arbeiter-Konsumverein im Stadtteil Norden die zweite Verteilungsstelle eröffnen. Damit wird einem großen Teil der Mitgliedschaft der Warenbezug erleichtert, aber auch jetzt schon müssen die Mitglieder durch restlose Deckung des Warenbedarfs in der Verteilungsstelle Bertramstraße mithelfen, die finanziellen Mittel der Organisation zu stärken und damit den weiteren Ausbau sichern. Jeder klassenbewußte Arbeiter, jede Arbeiterfrau muß Mitglied des Arbeiter-Konsumvereins werden.

In einer der letzten Nächte wurde bei einem Einbruch in der Delitzscher Straße ein Radioapparat mit Lautsprecher, Marke „Nora", gestohlen. In gleicher Nacht wurden aus dem hiesigen Stadtkrankenhaus ein einer Patientin gehöriger Posten Kleider und Wäsche gestohlen.

Personen, die hierzu sachdienliche Angaben machen können, werden gebeten, sich beim 3. Kriminalkommissariat des Polizeipräsidiums, Zimmer 103—105, zu melden. Auf Wunsch werden die Mitteilungen vertraulich behandelt.

Wohnungseinbruch. Am 14. November wurde bei einem alten Ehepaar in der Pfännerhöhe, das vor kurzem die Goldene Hochzeit feierte, während seiner Abwesenheit ein Wohnungseinbruch verübt. Der Täter entwendete unter anderem zwei Fünfzigmarkscheine, die das Ehepaar anläßlich der Goldenen Hochzeit vom Reichspräsidenten und vom Magistrat der Stadt Halle erhalten hatte.

Der Kriminalpolizei gelang es, den Täter zu ermitteln. Es handelt sich um den 29jährigen städtischen Arbeiter W. R., der bereits ein Geständnis abgelegt hat. Das Geld will er in ... büros und in Wirtshäusern ausgegeben haben.

Achtung, Filmlichtbilder!

Ein Film-Eildienst, Berlin, bietet den Parteiortsgruppen und den Massenorganisationen Filmbildbänder über die Sowjetunion an. Wir haben festgestellt, daß dieser Film-Eildienst ein Unternehmen der SPD ist, das von einem Mitglied des Reichsbanners geleitet wird. Wir weisen alle Genossen darauf hin, daß diese Stehfilme von folgender uns nahestehender Stelle bezogen werden können:

„Neue Deutsche Lichtbildstelle" (Julius Treuber) Berlin C 25, Dirksenstraße 41, II.

Von dieser Stelle kann auch der Stehfilm „Landvolk in Not", den wir allen Genossen zur Vorführung in Bauernversammlungen warm empfehlen, zum Preise von 6 M. bezogen werden. Nach der Rückkehr der deutschen Bauerndelegation aus der Sowjetunion wird auch über diese Studienreise ein solcher Stehfilm erscheinen.

Zur Vorführung dieser Lichtbilder in kleineren Versammlungen eignet sich sehr gut ein kleiner Vorführungsapparat, der zum Preise von 35 M. ebenfalls von der Lichtbildstelle bezogen werden kann.

Aus dem Saalkreis

Muß das sein?

A.-K. Queis. Bei uns in Queis ereignete sich im Laufe des Sommers folgender Vorfall: Die Familien Schröder und Schieferhöfer waren wegen der Kinder in Streit geraten, die in Tätlichkeiten ausarteten. Die ganze Sache hatte ein gerichtliches Nachspiel, wobei Schieferhöfer zu fünf Mark Geldstrafe und Gerichtskosten verurteilt wurde. Zusammen sollte er zehn Mark bezahlen, die ihm aber erlassen wurden. Die Schröders legten Berufung ein und forderten noch 20 Mark für Unkosten. Die Berufung kam durch.

Da Schieferhöfer Wohlfahrtsunterstützung bezieht und sieben Kinder hat, war er nicht in der Lage, die 20 Mark sofort zu bezahlen. Er zahlte fünf Mark an. Da er in der nächsten Woche andere Auslagen in der Familie hatte, konnte er die Rate nicht einhalten. Nicht lange danach erschien der Gerichtsvollzieher und pfändete zwei Schaflämmer und sieben Gänse. Inzwischen wurde die Not immer größer. Da Schieferhöfer seine Familie nicht hungern lassen wollte, schlachtete er das gepfändete Viehzeug nach und nach ab. Als am 4. November der Versteigerungstermin stattfinden sollte, war kein Vieh mehr vorhanden. Die Frau Schröder suchte mit dem Landjäger und dem Gerichtsvollzieher überall nach den Gänsen. Jetzt wird natürlich dem Schieferhöfer erst recht eins ausgewischt werden.

Da Schröder selbst auch arbeitslos ist, ist es unverständlich, daß er sich gegen seinen Kollegen in dieser Weise benimmt. Streitigkeiten zwischen Erwerbslosen können vorkommen. Warum werden sie nicht dem Erwerbslosenausschuß zur Schlichtung unterbreitet? Dadurch könnten alle solche Weiterungen vermieden werden.

Trebitz (Saalkreis). Beim Taubenschießen verunglückt. Der Arbeiter Jendrock aus Trebitz erlitt beim Taubenschießen einen schweren Unfall. Infolge Unvorsichtigkeit schoß er sich in die Hüfte. Die Kugel drang bis zur Schulter und blieb da stecken. J. mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Walhalla-Theater. Johann Strauß Meisteroperette „Der Zigeunerbaron" erntet allabendlich großen Beifall. Sonntag zwei Vorstellungen. Näheres morgen siehe Anzeige.

Spielwaren, große Auswahl, Gummi-Bieder

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311120-14/fragment/page=0006

Der „Triumph" der bürgerlichen Fußballer

Welche Formen das bürgerliche Fußballspiel mit sich bringt, mag durch einige Beispiele aufgezeigt werden. Eine Berliner Montagszeitung, „Der Montagmorgen", bringt in seiner letzten Nummer eine Uebersicht an Hand der Ausführungen der bürgerlichen Sportzeitung „Kicker" vom 25. Oktober und 1. November. Danach sind während dieser beiden Spielsonntage allein im Süddeutschen Fußballverband nach den amtlichen Mitteilungen nicht weniger als

22 Vereinen die Sportplätze gesperrt und 47 Mitglieder vom Spielbetrieb ausgeschlossen worden bzw. schweben Verhandlungen darüber.

Ausschreitungen auf dem Spielfeld, Schiedsrichterbelästigungen, Beleidigung des Schiedsrichter und ähnliches sind die Delikte, die für solche Sperren maßgebend sind. Die Montagszeitung hebt hervor, daß es „Sonntage gibt, an denen weit mehr Vereine und Spieler vom Spielbetrieb ausgeschlossen werden müssen".

Das ist bezeichnend für den Betrieb des bürgerlichen Sportes. Der „Amateurismus" mit seinen Geschäftsgrundlagen ist der Boden, auf dem sich derartige Vorkommnisse ereignen. Aber noch mehr: Wie weit dieser Irrsinn geht, dafür einige andere Beispiele:

Bei einem Spiel in Nürnberg sympathisierten die Zuschauer mehr mit der eigenen Partei. Um ihnen gegenüber dem Ansturm der gegnerischen Mannschaft eine Atempause und ein besseres Sichfinden zu ermöglichen, wurde von den Zuschauern bei jedem Anstoß des Balles dieser versteckt und Schiedsrichter und Linienrichter mußten sich dann immer eine Zeitlang um die Wiedererlangung des Balles bemühen.

Aber noch mehr: Bei einem Spiel Meißen 08 und einem anderen bürgerlichen Fußballverein gab ein Meißener Zuschauer für Freude über ein Tor seiner Mannschaft Freudenschüsse aus seinem Revolver ab.

Der rumänische Radfahrmeister Rezet wurde in Bukarest von seinem schärfsten Rivalen **Mutcanu erschossen, weil dieser ihm** die Siege nicht gönnte.

In Wien erhängte sich der Vorsitzende des „Slovan", nachdem seine Mannschaft gegen die „Hakoah" verloren hatte.

Aber ausgepreßt und weggeworfen wie eine Zitrone wurde der berühmte englische Marsden. Dieser hat sich vor längerer Zeit bei einem Spiel schwer verletzt. Jetzt stellten die Aerzte fest, daß er seinen Beruf nicht mehr ausüben könne. Er ist nunmehr ein Krüppel und kann sich nicht mehr durchbringen. Er wird weggeworfen.

Das ist bürgerlicher Sport.

Arbeiter-Samariter-Bund übt mit dem Roten Kreuz

Wie die bürgerliche Presse berichtet, **fand Anfang November in Berlin eine gemeinsame Uebung des städtischen Rettungsamtes mit dem Roten Kreuz und der Berliner ASB-Kolonne statt.** Nach genügender Vorbereitung durch eine gemeinsame Besprechung der Führer der drei Organisationen wurde ein Probealarm veranstaltet, zu dem von den Wachen aller drei Organisationen Mannschaften entsandt wurden. Diese gemeinsame Uebung hat den Leitern des ASB und des RK anscheinend so gut gefallen, **daß man für die nächste Zeit einen erneuten großen Probealarm ankündigt,** bei dem nicht nur der schnelle Abmarsch der Mannschaften geübt werden soll, sondern auch Hilfeleistungen.

Wenn es die reformistische Leitung des ASB immer noch wagen sollte, die gemeinsame Arbeit mit dem RK zu leugnen, so dürfte ihr das jetzt wohl nicht mehr gelingen. Allerdings dürften wohl die Mitglieder der ASB-Kolonnen über derlei Uebungen sich andere Gedanken machen, als die leitenden Funktionäre.

Bezirkstag der Kampfgemeinschaft in Bitterfeld

Infolge Differenzen mit dem Wirt des „Volkshauses" findet der Bezirkstag der roten Sportler am 22. November in Naumanns Konzert- und Ballhaus statt. Pünktlich 9 Uhr beginnen die Spartensitzungen; die Bezirksleitung, Turner-, Fußball-, Handball-, Schützen-, Athleten-, Musiker- (Spielmannszüge), Schach-Sparte. Vergeßt nicht Jugendliche und Frauen zu delegieren. Der Genosse Fischer, Landesleitung, ist anwesend.

Die Sitzung der Bezirksleitung mit den Bezirksspartenleitern findet ebenfalls in Naumanns Konzert- und Ballhaus, pünktlich 8 Uhr, statt.

Willy Petermann.

Fußball-Serienspiele im Bezirk Halle

		1. Klasse	
508	15 Uhr	Ammendorf 1—Viktoria 1	Hillebrecht, Minerva
509	15 Uhr	Sportbrüder 1—Brachstedt 1	Bode, Möhlich
510	15 Uhr	Diemitz 1—Friedrichschwerz 1	Lausch, Teicha
529	15 Uhr	Dölau 1—Giebichenstein 1	Kröpelin, Zörbig
530	15 Uhr	Lieskau 1—Sportlust 1	Mohn, Diemitz
531	15 Uhr	Mötzlich 1—Trotha 1	Baufeld, Viktoria
550	15 Uhr	Bruckdorf 1—Minerva 1	Förster, Lettin
551	15 Uhr	Merseburg 1—FSV 1	Gadde, Ammendorf
552	15 Uhr	Gröbers 1—Reideburg 1	Thieme, Teicha
571	15 Uhr	Lettin 1—Cröllwitz 1	Schönfeld, Sportbrüder
572*	14 Uhr	Zörbig 1—Nietleben 1	Stone, Trotha
573	15 Uhr	Wörmlitz 1—Könnern 1	Dittmar, Fortuna
		2. Klasse, 1. Mannschaften	
592	15 Uhr	Priester 1—Wettin 1	Brachstedt
593	15 Uhr	ASV 1—Atlas 1	Diemitz
594	15 Uhr	Cöllme 1—Brachwitz 1	Askania
613	15 Uhr	Ostrau 1—Alsleben 1	Zörbig
614	15 Uhr	Beesedau 1—Beesenlaublingen 1	Könnern
628	15 Uhr	Eisdorf 1—Döllnitz 1	Fortuna
629	15 Uhr	Delitz 1—Bennstedt 1	Ammendorf
		2. Klasse, 2. Mannschaften	
649	½14 Uhr	Ammendorf 2—Viktoria 2	Merseburg
650	½14 Uhr	Sportbrüder 2—Brachstedt 2	Reideburg
651	½14 Uhr	Diemitz 2—Friedrichschwerz 2	FSV
670	½14 Uhr	Dölau 2—Giebichenstein 2	Brachwitz
671	½14 Uhr	Lieskau 2—Sportlust 2	Bennstedt
672	½14 Uhr	Mötzlich 2—Trotha 2	Atlas
691	½14 Uhr	Bruckdorf 2—Minerva 2	Wehmar
692	½14 Uhr	Merseburg 2—FSV 2	Döllnitz
693	½14 Uhr	Gröbers 2—Reideburg 2	Giebichenstein
712	½14 Uhr	Lettin 2—Cröllwitz 2	FSV
713*	½13 Uhr	Zörbig 2—Nietleben 2	Hohenthurm
714	½14 Uhr	Wörmlitz 2—Könnern 2	Bruckdorf
		Schüler	
734	½13 Uhr	Ammendorf 1—Viktoria 1	Ammendorf
737	11 Uhr	FSV 2—Löbejün 1	FSV
761*	½10 Uhr	Ammendorf 2—Atlas 1	Lettin
762	11 Uhr	Sportlust 1—Trotha 1	Sportlust
763	½12 Uhr	Viktoria 2—Brachwitz 1	Viktoria
783	½13 Uhr	Bruckdorf 1—Minerva 1	Bruckdorf
786	10 Uhr	ASC 1—FSV 1	ASC
		3. Klasse, 2. Mannschaften	
810	½14 Uhr	Priester 2—Wettin 2	Ostrau
811	½14 Uhr	ASV 2—Atlas 2	Minerva
812	½14 Uhr	Cöllme 2—Brachwitz 2	Lettin
831	½14 Uhr	Ostrau 2—Alsleben 2	Brachstedt
833*	11 Uhr	Brachwitz 3—Reinsdorf 3	Friedrichschwerz
846	½14 Uhr	Eisdorf 2—Döllnitz 2	Askania
		3. Klasse, 3. Mannschaften	
868	10 Uhr	Ammendorf 3—Viktoria 3	Gröbers
869*	10 Uhr	Sportbrüder 3—Frankleben 1	Mötzlich
871	12 Uhr	FSV 4—Löbejün 3	Sportlust
895	½11 Uhr	Dölau 3—Viktoria 4	ASC
896	11 Uhr	Teicha 3—Lieskau 3	Priester
897*	½12 Uhr	Cöllme 3—Trotha 3	Wörmlitz
910	14 Uhr	Reideburg 3—Minerva 3	Bruckdorf
911	12 Uhr	Merseburg 3—Gröbers 3	Döllnitz
925	12 Uhr	Lettin 3—Cröllwitz 3	Zscherben
926*	11 Uhr	Zörbig 3—Nietleben 3	Trotha
927	11 Uhr	Wörmlitz 3—Könnern 3	Teutonia
		Jugend	
946	9 Uhr	Ammendorf 1—Viktoria 1	Merseburg
948	14 Uhr	Brachstedt 1—Atlas 2	Ostrau
967	½10 Uhr	Dölau 1—Atlas 1	Brachwitz
968*	12 Uhr	Lieskau 1—Teicha 1 in Teicha	Langenbogen
969	½13 Uhr	Ostrau 1—Cöllme 1	Zörbig
982	½12 Uhr	Bruckdorf 1—Minerva 1	Gröbers
984	13 Uhr	Reideburg 1—Zscherben 1	Sportbrüder
997	10 Uhr	Wörmlitz 1—Zörbig 1 in Zörbig	Reideburg
998	11 Uhr	Lettin 1—ASC 1	Cröllwitz
999*	11 Uhr	Sportlust 1—Nietleben 1	Giebichenstein

Alle Spiele ohne diesen * finden eine halbe Stunde früher statt.
In Alsleben findet Nr. 613 14.30 Uhr und 831 13 Uhr statt.

Vereine! Beachtet die Aenderungen

Die Turner-Landesriege ermittelt

In Bitterfeld fand der Gerätewettkampf der besten Turner der Bezirke Bitterfeld, Halle, Weißenfels und Eisleben statt. Nach einem Referat des Genossen Fritz Rödel (Bitterfeld) über den Kampf der roten Sportler, wurde vor über 400 Zuschauern sehr guter Sport geboten. Folgende Resultate wurden erzielt:

Bezirk Bitterfeld	800 Punkte
Bezirk Weißenfels . . .	737 Punkte
Bezirk Halle	736 Punkte
Bezirk Eisleben	727 Punkte

Folgende Genossen wurden für die Landesriege ermittelt:

Gen. Ohmes-Bitterfeld	mit 167 Punkten
Gen. Bär-Bitterfeld	mit 163 Punkten
Gen. Schurbert-Halle	mit 160 Punkten
Gen. Burghausen-Bitterfeld	mit 159 Punkten
Gen. Köppke-Bitterfeld	mit 156 Punkten
Gen. Brömme-Halle	mit 156 Punkten

Mit dem Gesang der Internationale wurde die Veranstaltung geschlossen. Dieser Sportabend war ein voller Erfolg für die rote Kampfgemeinschaft.

Bezirkswettstreit im Ringen, Boxen und Heben des Bezirks Eisleben

am Sonntag, dem 29. November 1931 in Sangerhausen im Tivoli.

Offen für alle KG-Vereine sowie Bundesmitglieder. Anfang nachmittags 2 Uhr. Meldungen an Kurt Lindner, Eisleben, Breiter Weg 30. Meldeschluß am 24. November. Wir ersuchen die umliegenden Bezirke den Termin zu beachten, damit unser Wettstreit zur Propagierung der roten Sportbewegung beiträgt.

A. Schulze, Ringersparte, O. Sauerbrei, Boxsparte.

Samariter stoßen zur Kampfgemeinschaft

Nachdem in den letzten Wochen in Rheinland-Westfalen 15 Kolonnen des ASB fast geschlossen zur KG übergetreten sind und einige weitere Neugründungen von Kolonnen im Bereich des 5. und 18. Kreises des ASB erfolgten, ist neuerdings die Bundeskolonne Herne-Solingen zur KG gestoßen. Von den ungefähr 35 Kolonnenmitgliedern blieben nur drei den Kretzschmar und Dunkel treu. In einem großen Teil Rheinland-Westfalens ist damit der Einfluß der reformistischen Bundesleitung auf die Arbeiter-Samariter vollständig gebrochen.

Sportinstrukteure in den Betrieb!

(RSI) **Moskau.** Laut Beschluß des WZSPS (der Allgewerkschaftliche Verband der Sowjetunion) muß in jedem Betrieb, welcher mehr als 500 Arbeiter beschäftigt, ein Sportinstrukteur angestellt werden, der für die Durchführung der Leibesübungen im Betrieb zu sorgen hat.

Sportler bei der Liquidierung des Ausfalls

(RSI) **Moskau.** In der Ljuberetzer Fabrik bei Moskau war ein Durchbruch des Produktionsplanes entstanden, die Fabrik blieb mit der Lieferung von 5000 Flachszupfmaschinen im Rückstand. Die Sportler dieses Betriebes machten sich nach Stoßbrigadenart an die Arbeit und opferten über 1100 freiwillige Arbeitsstunden, um den Ausfall wettzumachen.

VEREINSMITTEILUNGEN

F.-V. Fortuna-Greppin. Roitzsch und allen Schiris zur Kenntnis, daß alle Spiele in Greppin stattfinden und zwar alle eine halbe Stunde früher.

Rundfunk-Programm

Sonnabend, 21. November

6.30 Uhr: Funkgymnastik. Anschließend bis 8.15 Uhr: Frühkonzert. (Schallplatten.) 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 11 Uhr: Das Photographieren als Volkssport, Unterhaltungs- und Bildungsmittel. 12 Uhr: Wetterdienst, Wasserstandsmeldungen und Schneebericht. 12.10 Uhr: Heinrich Schlusnus singt Lieder. (Schallplatten.) 12.25 Uhr: Schulfunk. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 13 Uhr: Wettervoraussage, Presse und Börsenbericht. Anschließend: Wunschprogramm (Schallplatten). 14.30 Uhr: Bastelstunde für die Kinder. 15.15 Uhr: Funkschach. 16 Uhr: Praktische Rechtskunde. Verjährung. 17 Uhr: Charakteristische Märsche und Walzer. Das Leipziger Sinfonieorchester. 18.30 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. Anschließend Deutsch. 18.50 Uhr: Gegenwartslexikon. 19 Uhr: Gegenwartsfragen der Akustik. Experimentalakustik. 19.30 Uhr: Franz Baumann singt alte Lieder. 20.15 Uhr: Jenny Schaffer liest Selma Lagerlöfs Novelle „Tale Thott". 20.45 Uhr: Ein Bruckner Lebensbild. 22.20 Uhr: Nachrichtendienst. Anschließend bis 24 Uhr: Unterhaltungskonzert. Die Dresdner Philharmonie.

Aus dem Geschäftsverkehr

Bim, das gute Universal-Putz- und Scheuermittel, ist ja billiger geworden! die große Dose kostet ja nicht mehr 50 Pfennig, sondern nur noch 35 Pfennig, und die Normaldose jetzt nur noch 20 Pfennig!

Verantwortlich: Gustav Doll, Halle, für den gesamten Inhalt; Arthur Burkert, Halle, für den Anzeigenteil.

HALLE

TRÄGT HOLLENKAMP-ULSTER

Vom 20. November bis 1. Dezember werden wir uns selbst übertreffen. An diesen

10 ULSTER-TAGEN

bringen wir

10 Preislagen, 10 Schlager, 10 Spitzenqualitäten

15⁵⁰ MARK · 19⁵⁰ MARK · 29 MARK · 39 MARK · 49 MARK · 59 MARK · 69 MARK · 79 MARK · 89 MARK · 98 MARK

Mehr wollen wir nicht sagen. Kommen Sie und überzeugen Sie sich!

Beachten Sie bitte unsere 5 Spezialfenster in der Gr. Ulrichstraße

Hollenkamp

FÜHRENDES HERREN-BEKLEIDUNGSHAUS

HALLE, GR. ULRICHSTR. 19

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311120-14/fragment/page=0007

WALLHALA
Telefon 28385
Täglich 8 Uhr
Die Meisteroperette
Der Zigeunerbaron
von Johann Strauß
Sonntag 2 Vorstellungen - Näheres morg.

Stadt-Theater
Heute Freitag
20—22 Uhr
Liebelei
Schauspiel
von A. Schnitzler
Sonnabend
20—23.30 Uhr
Im weißen Rößl
Revue-Operette
v. Ralph Benatzky

Puppenklinik
Puppen und
Puppenwagen
billig
W. Knackstedt
Weißenfels
Merseburger Str. 10

Union-Theater
Weißenfels
Freitag bis Montag
„Voruntersuchung"
Ein spannender Kriminal-Tonfilm mit
Albert Bassermann, Gustav Fröhlich
Täglich 5, 7 und 9 Uhr

Kurt Laue
Promenade 19, Fernsprecher 253
Ärztl. Verordnungen für Private sowie sämtl. Krankenkassen werden gewissenhaft ausgeführt im
„Luisenbad" Weißenfels
Wannenbad M. 0,80
„ „ 0,50 f. Erwerbslos.

Der erste Blick
der Hausfrau fällt auf den Inseratenteil, sie sucht vorteilhafte Einkaufsquellen!

Konsum-Verein Hohenmölsen-Teuchern
Sonntag, den 6. Dezember 1931, vormittags 9 Uhr
Vertreter-Versammlung
im Volkshaus am Wasserturm
zu Hohenmölsen
Tagesordnung:
1. Bericht über das 60. Geschäftsjahr 1930/3
2. Bericht des Aufsichtsrates, Genehmigung der Jahresrechnung und Erteilung der Entlastung an den Vorstand
3. Beschlußfassung über die Verteilung der Reinersparnis
4. Festsetzung der Entschädigung an den Aufsichtsrat
5. Geschäftliches

Der Aufsichtsrat
des Konsum-Vereins Hohenmölsen-Teuchern e. G. m. b. H. zu Hohenmölsen
Paul Dornblut, Vorsitzender

Lüttichs
Roßschlächterei und Speisehaus
Eisleben, am Plan
empfiehlt heute u. folgende Tage:

pa fettes Mastroßfleisch	Pfd.	50 Pf.
„ Gehacktes	„	45 „
„ Kochwurst	„	50 „
„ Bratwurst	„	55 „
„ Rouladenfleisch	„	60 „

In der Gastwirtschaft ein großes Glas Bier 20 Pf., eine Tasse pa Bohnenkaffee 25 Pf., eine Portion Beefsteak ohne Beilage 30 Pf., eine pa. Kochwurst 10 Pf., sowie pa. Lenden- und Sauerbraten

Ein wirklich billiges Angebot in gutes
Faß-Weinen

Johannisbeer-Wein	Ltr.	0.75
Deutscher Wermut-Wein	Ltr.	0.90
Tarragona, rot	Ltr.	1 05
Malaga, gold, Lagrimas	Ltr.	1.40
Insel-Samos	Ltr.	1.40

Bei Abnahme von 5 Litern pro Liter 5 Pf. billiger
Thams & Garfs Niederlage
Bitterfeld
Burgstr. 10 Dessauer Str. 72

Möbel aller Art
liefert billigst frei Haus
Möbelhalle Merseburg
Gobicauerstraße 16
Bequeme Teilzahlung

Karl Werner
Wittenberg, Neubnerstr. 3
Empfehle den geehrten Hausfrauen meine
Fleisch- u. Wurstwaren

Endlich
können Sie moderne vor- u. rückwärts nähende, m versenkbarem Transporteur für Stick- und Stopfarbeiten ausgestattete
Nähmaschinen
zu Preisen kaufen, die der Wirtschaftslage gerecht werden, trotz allem aber die Qualitätsarbeit einer der größten deutschen Nähmaschinenfabrik sind, da die Hauptteile aus Stahl geschmiedet und gehärtet sind. Weitgehendste Garantie.

Rundschiff-Nähmaschine	162.-
Rundschiff Nähmaschine versenkbar	189.-
Rundschiff-Nähmaschine versenkbar mit Holzgestell	202.-
Rundschiff Nähmaschine Schrankmodell	225.-
Schwingschiff-Nähmasch.	126.-
Schwingschiff-Nähmasch. versenkbar	153.-
Schwingschiff-Nähmasch versenkbar mit Holzgestell	166.-
Nählichte komplett, mit Birne u. Zuleitung	6.85

Teilzahlung nach Vereinbarung
Stick- und Stopfunterricht kostenlos!
K. Möller
Halle-Saale, Schmeerstraße 1

Kalbfleisch frisch ohne Knochen	75 ₰
Frisches Rind-Gehacktes	58 ₰
Frisches Schweinefleisch	68 ₰
Frische Rinderbrust	64 ₰
Frische Schweineleber	88 ₰
Molkerei-Butter 1 Stck	60 ₰

Diesen Monat gebe zur Probe auf jedes Pfund Margarine Tafelring **66** ₰ ein halbes Pfund Tafelring gratis
A. Knäusel Butter, Wurst, Fleischwaren

Herabgesetzte Preise.
Geschmackv., formensch.
Schlafzimmer
Große Auswahl
1050.- 950.- 795.- 680.- 550.-
350.— Mark
Gebr. Jungblut, Halle a. S.
Albrechtstr. 37

Tag für Tag
erinnert den Geschäftsmann bei Euren Einkäufen an den
„Klassenkampf"

Sportler
kaufen nur bei
Emil Schütze
Inh. Alexander Gieseler
Sangerhausen — Eisleben
Aschersleben — Merseburg

Radiogeräte
Schallplatten
von M 1.25 an
Sprechapparate
Musikinstrumente
Musikhaus Emil Riehle
Weißenfels, Kl. Kalandstraße 5

Rudolf Beyer
Fischermeister — Fernruf 551
Weißenfels, Dammstr. 27
Große und kleine Saalefische
der Zeit entsprechend zu billigsten Preisen

Riebeck Bräu GBMH Halle a/S.
AM RIEBECKPLATZ 3A
ERÖFFNUNG
MONTAG 23. NOV.

8tung! Hausfrauen!
Donnerstag, Freitag, Sonnabend
Doppelter Rabatt

Butter-Nossing
Bitterfeld-Greppin

Hausfrauen, kauft nur bei unseren Inserenten!

Wer billig kaufen will
kauft **Haushaltwaren** bei **SOBEL**
Das Haus der volkstümlichen Preise
Steinweg 45 — Gr. Ulrichstr. 57 — Im Norden am Reileck

Sie kaufen ihn am besten bei unseren Inserenten!

Sie kaufen gut und billig
im Reformhaus
E. Laue
Inh.: Anna Lechner
Weißenfels
Friedrichstr. 4

Licht- und Kraftwerke Wittenberg, G.m.b.H.
Wittenberg, Hallesche Str. 32
Installation von: 167
Elektrische Anlagen
Gas- und Wasseranlagen
Lieferung von:
Gas- und Stromgeräten
Beleuchtungskörpern
Auf Miete mit Eigentumserwerb

H. Mensing
Schuhmacherei
Halle a. S.,
Gr. Nicolaistraße 6

Orig. Eichsfelder **Wurstwaren**
nur Ia Qualitäten zu den niedrigst. Preisen kaufen Sie nur in der **Eichsfd. Wurst-Zentral.**
Neumarktstraße 9

Herren- und Damen-Friseur
Geschw. Mohne
empfiehlt sich den Einwohnern von Neumark

Gasthof Drei Lilien
Passendorf
empfiehlt sich der org. Arbeiterschaft

Karl Schott
Fahrräder, Nähmaschinen, Motorräder
Merseburg
Markt 3

Walter Pohl
Friseur
Merseburg
Saalstraße 7

Riebeck-Ausschank im „Tiefen Keller"
Merseburg

Lumpen
Zeitungen
Knochen
kauft
A. Bode
Große Klausstraße 22

Fleischerei
Kolonialwaren
Herm. Klingsch
Neumark

Motorräder, Fahrräder, Grammophon, Nähmaschinen, Platten, Ersatzteile, Reparaturwerkstatt, Schlosserei
E. Korbs, Neumark

Emil Fliege, Uhrmacher, Neumark.
Uhren, Gold-, Silber- und Metallwaren
Reparaturwerkstatt.

Rind- und Schweineschlächterei
Karl Dietze
Zörbig Schloßstr. 2

Damen- u. Herrenfriseur
Herm. Pötzsch
Zörbig, Plan 3

Kolonialwaren u. hausschl. Wurstwaren empfiehlt preisw. u. gut
Ella Dänziger, Neumark

Walter Wetzel
Raunsdorf (P. Körbisdorf), Schulplatz
Kolonialwaren
hausschl. Wurstwaren

Kolonial- u. hausschlacht. Wurstwaren, Drogenartik. billig und gut
Otto Rabe, Holleben

Obst, Gemüse, Landesprod., Kohlen u. Schnelltransporte
Paul Beike, Teutschenthal

Drogen- u. Farbenhandlg.
Walter Naumann
Teutschenthal

Restaurant zur Post
empfiehlt sich der org. Arbeiterschaft
Holleben

Herm. Münzer
Zörbig, Karze Str 27
Hüte, Mützen, Pelz- und Filzwaren

Brot- und Feinbäckerei
Wilh. Elste
Neumark

Schuhwaren-Reparatur-Werkstatt
O. Hahn, Teutschenthal

Kolonial- u. hausschlacht. Wurstw., Fahrr., Nähm., Ersatzteile bei Firma **Lampe, Beuchlitz**

Lebensmittel, Schulartikel, Kurzwaren, Biere
Wilh. Hoppe, Passendorf
5% Rabatt!

Ein- und Verkauf von **Möbel, Herrenbekleidung u. Wäsche** liefert billigst
L. Hirsch
Talamtstr. 2, (Hallm.)

Klempnerei, Haushalt- u. Küchengeräte liefert preiswert
Fr. Tramme, Neumark

Minna Kluge
Kolonialwaren — hausschl. Wurstwar.
Halle, Gr. Schloßg. 7

Kohlen, Kartoffeln, Obst und Lebensmittel bei
Otto Berkes, Halle
Kl. Ulrichstraße 23

Kolonial- u. hausschl. Wurstw., Molkereiprodukte gut u. billig
Charl. Jordan, Passendorf

Schuhwaren-Reparatur-Werkstatt
Ewald Krumpe
Teutschenthal

Weiß- und Wollwaren
F. Eisenkrämer
Merseburg
Sand 22

Zigarren-Spezial-Geschäft
Zigaretten
Rauch-, Kau- und Schnupftabake
Joh. Gatzmanga, Halle, Merseburger Straße 28

8tung! Dbilligst Preise a. f. Erwerbsl. bei Damen-, Herren- und Vereinstheater-Friseur
Br. Arper, Schlettau

Polstermöbel Zimmereinricht.
äußerst billig. Teilzahl. Halle, Merseburger Str. 103, Hof.

Kaffee — Zucker und Rauchwaren
gut und billig
O. Erkstein, Teutschenthal

Gut und billig

Margarine, frisch, 1-Pfd.-Würfel	58, 48,	
Kokosfett, 3 Tafeln (ca. 1 Pfd.)		
Oelsardinen, 6—8 Fische	Dose	
Schotten-Heringe	2 Stück	
Bohnen, weiß, gut kochend	Pfd.	
Erbsen, gelb, gutkochend	Pfd.	
Bruch-Reis, schneeweiß	Pfd.	
Creme-Schokolade	100-g-Tafel	

und 5% Rückvergütung
sofort in Rabattmarken!

Das eingetragene Schutzzeichen für unsere Waren
GOLDENE SIEBEN
in allen Stadtteilen
5% Rückvergütung in Rabattmarken

Neu-Eröffnung
Sonnabend, den 21. November, vormi[ttags]
3 Lutherplatz

Konsum-Verein für Sangerhausen und Umg[egend]
e. G. m. b. H.
EINLADUNG
zur
ordentl. Vertreterversammlung
am Sonntag, dem 29. November, vorm. 8.30 Uhr, im Restaurant „...krug", Sangerhausen.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1930/31; Bericht des Aufsichtsrats; Genehmigung der Bilanz; Entlastung des Vorstandes.
2. Beschlußfassung über Verteilung der Ersparnisse.
3. Aenderung des Statuts des § 15 Abs. und § 18 Abs. 1.
4. Anträge der Mitglieder nach § ... § 33 der Satzungen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats
Otto Agte

ff. Fleisch- und Wurstwaren
Arthur Hoffmann, Merseburg

Ernst Friedel, Halle a. S., Gr. Wallstr.
liefert zu billigsten Preisen sämtl.
Lebensmittel und ...

Polsterarbeiten
Aufpolstern — Neuanfertigung
C. Quinque, Halle, Georgstr.

Mittagstisch 50 Pf.
reichlich u. schmackhaft. Geöffne bis 1 Uhr nachts — **Halle** Gr. Klausstr.

Lebensmittelhandlung und hausschlachtene Wurstwaren
Walter Schmeißer, Halle

Die richtige Einkaufsquelle für
Lebensmittel
Thams & Garfs, Zörbig

Möbeltransporte
Kohlen — Fuhrwesen
Paul Naumann
Tel. 3102 **Merseburg** Hirtenstr.

Gasthaus zur Bergschenke
Nietleben
Besitzer **Erich Krüger**

Lederhandl. Max Plaut, Merseburg
Kleine Ritterstraße

Arbeiterfrauen, deckt euren Bedarf in prima Fleisch- und Wurstwaren bei
R. Bloßfeld, Herrenstr. Ecke Kunstu. und Wochenmarkt. Billige Preise

Vervielfältiger **Schreibmaschinen** auch gebraucht
Aug. Wendy, Jaschke & Klautzsch
Halle (Saale) - Bürobedarf
Leipziger Straße 22/23 — Tel. 247...

In der Strafsache gegen:
1. den Bauarbeiter Franz Scharsig in Dölau, geboren am 14. April 18.. Arzberg, Kreis Torgau,
2. den Steinsetzergesellen Friedrich Mennicke in Brachwitz, geboren 23. August in Brachwitz,
wegen Vergehen gegen § 110 StGB und §§ 1, 8 der Verordnung vom 15. 9. ... hat das Schöffengericht, Abt. 21 in Halle a. S., am 24. Januar 1931, für Recht erkannt:
Die Angeklagten sind des Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 15. September 1923 in Tateinheit mit Vergehen gegen § 110 StGB schuldig und werden deshalb kostenpflichtig an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von einem Monat zu einer Geldstrafe von 60 — sechzig — Reichsmark, ferner zu einer Geldstrafe von 10 — zehn — Reichsmark, hilfsweise zwei Tage Gefängnis verurteilt. 4. J. 1662/30.
Halle a. S., den 14. November 1931.
Der Oberstaatsanwalt.

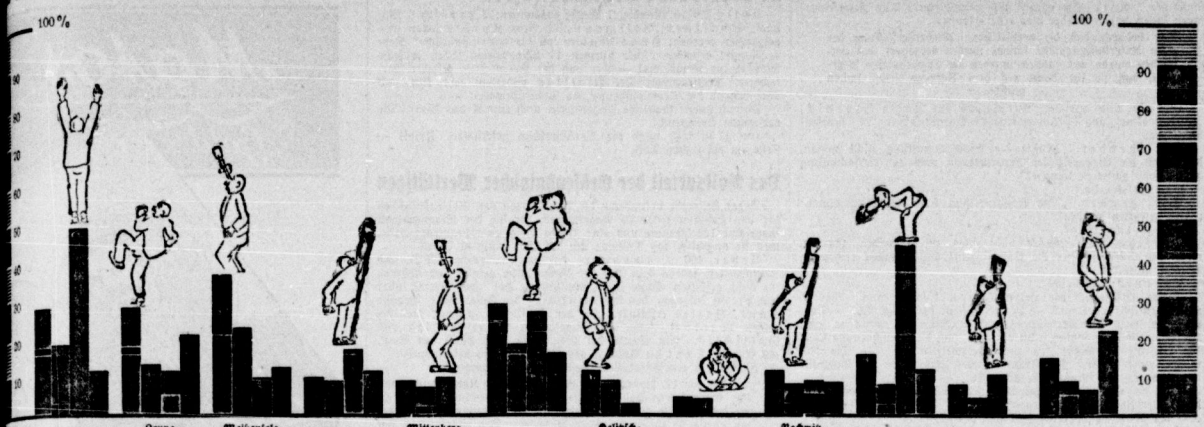
In der Strafsache gegen:
1. das Kreisausschußmitglied Richard John in Alsleben, Breiteweg 17.. geboren am 22. April 18.. in Alsleben,
2. den Stadtrat, Invaliden Friedrich Heide in Alsleben, Breiteweg ..., geboren am 19. 6. 1857 in Alsleben a. S.,
3. den Schöffen Karl Binner in Seeben, geboren am 9. März 18.. Lederose,
4. den Schöffen Paul Beutler in Holzweißig, geboren am 14. August 18.. Zichtau,
wegen Aufforderung zum Steuerstreik, hat das Schöffengericht, Abt. .. Halle a. S., am 27. März 1931, für Recht erkannt:
Die Angeklagten John, Heide, Binner und Beutler sind des Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 15. September 1923 in Tateinheit mit Vergehen gegen § 110 des StGB schuldig und werden deshalb kostenpflichtig an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von einem Monat zu einer Geldstrafe von je sechzig Reichsmark, ferner zu einer Geldstrafe von fünf Reichsmark, hilfsweise drei Tagen Gefängnis verurteilt.
Halle a. S., den 14. November 1931.
Der Oberstaatsanwalt.

Wie wird das Wetter?
Sonnabend: Lebhafte südöstliche Winde, zeitweise aufklarend, trocken. Temperatur nahe bei 0 Grad.
Sonntag: Wenig Aenderung wahrscheinlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311120-14/fragment/page=0008

ie Betriebe — Burgen des Kommunismus

ist das Ziel unserer Werbearbeit — Bei richtigen Methoden und Taktik wird unser Angriff siegreich sein



ie haben bereits gestern darauf hingewiesen, daß das Werbe- des Monats November ein vollkommen ungenü- es ist. Nachstehend veröffentlichen wir die Aufstellung, die abelle erläutert. Diese Aufstellung gibt den Prozentsatz des ten Solls an. Die zweite Zahl in der jeweiligen Rubrik das Oktoberergebnis. Zieht man die zweite Zahl von eiten ab, so bekommt man das Ergebnis des Monats No- er.

Unterbezirk	Mitglieder	Betriebsarbeiter	Abonnenten	Betriebszellen
Saalkreis	27,1 — 19	17 — 13	48 — 46,6	11,1
Merseburg	28 — 20	12 — 9	10,7	22,2
eißenfels-Zeitz	36,8 — 29,5	24 — 19	9 — 12	11,1
eld	9,6 — 6,3	9,2 — 6	18 — 17	11,1
nburg	6,5 — 4,6	5,5 — 0	9,7	0
ttenberg	29 — 22	17,4 — 12	27,4 — 25,1	16,6
ttenfeld	10,7 — 10	8 — 7,3	2,7	0
rgau	4,7 — 2,5	4,2 — 3,5	0	0
litzsch	11 — 8,5	7,6 — 6	8,6	8,3
umburg	15,5 — 9	8,5 — 3,5	44	11,1
ngerhausen	8 — 5	4 — 2	10,4	0
rdhausen	14 — 12	9,3 — 8	6,5	22,2

ie der Unterbezirk Weißenfels-Zeitz hat auf dem Gebiet der ttriebswerbung Aussicht, das 40 Prozent betragende mensoll terminmäßig zu erreichen. Auf dem Gebiet der ttenwerbung steht Weißenfels-Zeitz mit 24 Prozent an der . Um folgen Bitterfeld mit 17,4 und Halle-Saalkreis Prozent.

ie ist eine Selbstverständlichkeit, daß gerade auf dem Gebiet Betriebswerbung das gesteckte Soll unter allen Um- ten und zwar in allen Unterbezirken erreicht werden Wir sind überzeugt, daß uns das bei einer richtig organi- Werbearbeit auch gelingen wird.

Die Arbeiterkorrespondenten in allen Betrieben Betrieben zugeteilten Straßenzellen fordern wir auf, uns ht über die bisherige Betriebswerbung ten. Bei dieser Berichterstattung kommt es nicht nur , an die Schwierigkeiten und die Schwächen aufzuzeigen. ichtiger ist es, Vorschläge zu machen, wie man die vor- ter Mängel auf schnellstem Wege ausmerzen könnte. Wir reits am Dienstag vier folgende Fragen gestellt:

Welche Mittel müssen angewandt werden, um diese ehe zu überwinden, um zu erreichen, daß die gesamte Partei- tschaft die Betriebsarbeit als brennendste Aufgabe Partei erkennt?

Welche Methoden müssen angewandt werden, um den itze Parteigenossen auf diese Hauptaufgabe einzustel- und sie zur aktiven Mitarbeit bei der Durchführung derselben zwingen? Die Frage bezieht sich auch auf Genossen und Ge- ssen, die nicht in den Betrieben stehen.

Welche konkreten Schritte muß eine Parteileitung nehmen, um irgendein betriebliches oder außerbetriebliches ignis zum Anlaß einer Kampagne innerhalb des Betriebes zu en? (Beispiele: Terrorfeldzug der Bourgeoisie gegen die ssionen der Arbeiterklasse, Verbotswelle gegen die revolu- ren Presse, neue Massensteuern durch Notverordnungen, Abbau Lohn im Betrieb, Entlassungen von Arbeitern usw.)

Was ist zu tun, um die Verbindung der Parteileitungen den Betriebszellen zu verbessern oder dort, wo eine solche Verbindung überhaupt noch nicht besteht, dieselbe schnellstens herzustellen.

Allgemeine Abhandlungen nützen uns nichts. Wir brauchen Berichte über bestimmte Betriebe. Arbeiterkorrespondenten, schreibt! Zeigt, daß ihr euch eurer Aufgabe als Organisatoren und Helfer in der Werbearbeit voll bewußt seid!

Arbeiterkorrespondenten stellen aus!

Wie wir bereits mehrfach mitteilten, organisieren die Arbeiterkorrespondenten und die Redakteure der Betriebs- und Ortszeitungen von Halle-Saalkreis anläßlich der am 28. bzw. 29. November stattfindenden Kontrollkonferenz eine Ausstellung unter dem Motto: „Wir Arbeiterkorrespondenten unterstützen die Werbearbeit". Für diese Ausstellung werden folgende Materialien benötigt:

Betriebszeitungen, in denen in der einen oder anderen Weise zur Werbearbeit Stellung genommen wurde.

Orts- und Dorfzeitungen, die durch ihre Ausgestaltung die Werbearbeit für Partei und Presse unterstützt haben.

Arbeiterkorrespondenzen, die im Dienst der Werbearbeit standen und im „Klassenkampf" veröffentlicht wurden.

Wir fordern alle in Frage kommenden Genossen auf, das obenerwähnte Material an die Redaktion des „Klassenkampf", Halle, Lerchenfeldstraße 14, zu senden. Das Material muß mit dem Vermerk versehen sein, daß es für die Ausstellung bestimmt ist. Falls das Material nicht mehr im Besitz der Genossen ist, ist der Redaktion des „Klassenkampf" mitzuteilen, wo es aufgetrieben werden könnte.

Außer den Zeitungsartikeln und Betriebs- und Ortszeitungen bitten wir unsere Arbeiterkorrespondenten und Betriebszeitungsredakteure, uns in Form eines Aufsatzes mitzuteilen, wie sie in ihrer Eigenschaft als Arbeiterkorrespondent bzw. Redakteur die Werbearbeit, insbesondere die in den Betrieben und für den „Klassenkampf", unterstützt haben.

Arbeiterkorrespondenten-Kommission des Bezirks Halle-Merseburg.

Mehr Betriebsarbeiterinnen in die Partei!

Der Stand unserer Werbearbeit unter den Frauen sah am 17. November wie folgt aus (die Zahlen geben den erreichten Prozentsatz des Solls an):

Unterbezirk	Frauen insgesamt	Betriebsarbeiterinnen
Halle-Saalkreis	15,6	8,2
Leuna-Merseburg	16,5	0
Weißenfels-Zeitz	25,8	2
Mansfeld	3	1,5
Wittenberg	3	6,6
Bitterfeld	8,5	1,3
Delitzsch	3	0
Torgau	3,5	2
Bockwitz	2	0
Naumburg	5,5	20
Sangerhausen	3	0
Nordhausen	1,5	2

Die Aufstellung zeigt, daß kein einziger Unterbezirk das auf dem Gebiet der Frauenwerbung gesteckte Soll erreicht hat. Bekanntlich müssen bis Mitte November 30 Prozent und bis Ende November 40 Prozent des Werbesolls erreicht sein. Das tatsächlich Erreichte ist in fast allen Unterbezirken vollkommen ungenügend. An der Spitze steht Naumburg, das sein Werbesoll in den Betrieben zu 20 Prozent erreicht hat. Der Unterbezirk Weißenfels-Zeitz hat die meisten Frauen in die Partei aufgenommen und steht auf dem Gebiet der allgemeinen Frauenwerbung mit 25,8 Prozent an der Spitze. Um so beschämender ist es, daß derselbe Unterbezirk Weißenfels-Zeitz sein Soll an Betriebsarbeiterinnen nur zu 2 Prozent erreicht hat. Die Genossen müssen sofort überprüfen, ob der Angriff auf die Betriebe mit weiblicher Belegschaft planmäßig vorbereitet und durchgeführt wird. Dasselbe gilt in noch stärkerem Maße für alle anderen Unterbezirke.

Westen ist nicht von Pappe!

Die Leitung des Stadtteils Halle-Westen schreibt: Am Sonnabend und Sonntag haben alle Zellenmitglieder an der Werbung teilzunehmen, sie treffen sich an ihren Stellplätzen, um gut organisiert systematisch die Häuser in ihren Zellen zu bearbeiten. Es kommt darauf an, Betriebsarbeiter zu gewinnen. Jede Zelle muß ihr Soll erreichen.

Zelle Friedrich hat schon bald 200 Prozent erreicht.

Macht's nach, damit der Stadtteil sein Soll von 80 und darüber hinaus erreichen kann. Bis jetzt haben wir über 68,7 Prozent erreicht. Vorwärts, Genossinnen und Genossen! Jede neue Aufnahme ist ein Schlag gegen den Faschismus. Ran an die Arbeit, alle Mann an Bord! Wir werden es schaffen. Der Westen ist nicht von Pappe. Oder wollt ihr den Krebs? Wir fordern jeden Stadtteil auf, uns nachzueifern!

Großwerbetag in Bitterfeld

Die Unterbezirksleitung Bitterfeld fordert alle Parteigenossen auf, am kommenden Sonntag restlos zur Arbeit anzutreten. Siehe Aufruf im Provinzteil!

Werde Mitglied der Roten Hilfe!

042 Telegramm
aus mannheim
Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit 1200
von Mnhm. durch Le
Deutsche
an durch
• an alle hausfrauen •
• sensationelle preissenkung für vim •
• normaldose nur noch 20 pfg = doppeldose 35 pfg •
• dazu auf jeder dose wertvoller gutschein •
• besseres universal-putz-u. scheuermittel für so wenig geld gibt es nicht •
• sunlicht a.g. •
203 V-25-63

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311120-14/fragment/page=0009

124 Monate Gefängnis beantragt!

Zweiter Verhandlungstag im Prozeß gegen die 23 Gräfenhainicher Genossen

Eine ungeheure Spannung herrscht in dem Gerichtssaal. Heute die Gegenüberstellung von Angeklagten und Zeugen. Heute wird sich zeigen, ob die 23 Angeklagten die Verbrecher sind, zu denen sie die Anklageschrift gestempelt hat. 30 Zeugen sind geladen. Fast alle Beamten des Gräfenhainicher Magistrats müssen erscheinen. Der Bürobetrieb im Rathaus Gräfenhainichen ist für heute stillgelegt.

Und was ergibt nun die Vernehmung der Zeugen? Die maßgebenden Personen des Gräfenhainicher Magistrats können nicht beschuldigen. Nein! Sie müssen sich verteidigen! Alle Zeugenaussagen lassen immer wieder dies eine erkennen:

Nur dadurch, daß die versprochene Wiederherstellung der alten Unterstützungssätze immer wieder verzögert und verschoben wurde, nur dadurch wurden die Erwerbslosen so gereizt, daß sie ihr Recht auf dem Rathaus selbst suchen mußten.

Hier ein Bild aus der Vernehmung des Zeugen Czornick, Justizinspektor und stellvertretender Bürgermeister in Gräfenhainichen:

Vorsitzender: „Mußte die Stadtverwaltung nicht wissen, daß durch die Erregung der Erwerbslosen nach der Versammlung hätte etwas passieren können?"

Czornick: „Ja."

Vorsitzender: „Und trotzdem sind keine Verhaltungsmaßregeln getroffen worden?"

Czornick: „Nein". —

Vorsitzender: „Wäre nicht alles zu vermeiden gewesen, wenn der Bürgermeister die Unterstützungsangelegenheit rechtzeitig erledigt hätte."

Czornick: „Vielleicht".

Dieses „Vielleicht" des Herrn Czornik sagt genug. Wer ist nun eigentlich angeklagt? — Der Magistrat verteidigt sich. — Noch deutlicher wird der Verwaltungssekretär Saupe, wenn er sagt: „Man mußte ja schließlich selbst einsehen, daß die wirtschaftliche Lage der einzelnen Erwerbslosen zum Verzweifeln war. — Die Not wuchs immer mehr. Die Frauen kamen und baten um Brot für ihre Kinder. Wir mußten sie abweisen." —

Nun die wichtigste Frage: Wer hat schuld an der Verzögerung der Unterstützungsgeldangelegenheit? Der Bürgermeister Meier oder der Wohlfahrtsdezernent Schirmer?

Herr Bürgermeister Meier tritt vor die Schranken des Gerichts und behauptet, er hätte sein Möglichstes getan und hätte alles genügend beschleunigt. Die Schuld müsse Schirmer treffen! — —

Nachdem die um 13 Uhr vertagte Verhandlung um 14.10 Uhr weitergeführt wird, beginnt der wichtigste Teil des ganzen Prozesses: Die Vernehmung des Wohlfahrtsdezernenten Schirmer!

Er will einen guten Eindruck machen, indem er sehr leise spricht und den Wohlwollenden und Gutmütigen markiert. An ihm hats natürlich nicht gelegen! Er hat alles getan, was er hätte tun können! Er wollte ja nur das Gute! Der Bürgermeister Meier hat schuld. —

Beide, Meier wie Schirmer, geben zu, daß sich bei rechtzeitiger Erledigung alles hätte vermeiden lassen!

Beiden sitzt die Angst vor der Verantwortung in den Knochen! Sie hätten auf der Anklagebank sitzen müssen! Erregte Zusammenstöße zwischen Schirmer und den Angeklagten Schäffner, Gottschlick und Hirte. Gottschlick ruft: „Wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie selbst zugeben, daß Sie Ihre Prügel verdient haben!" Hirte sagt: „Sie haben unseren Frauen seidene Hosen angeboten, um sie zu mißbrauchen!" — Der Zeuge Schirmer kann nichts darauf erwidern! —

Nachdem alle 30 Zeugen vernommen worden sind und nichts wesentlich Neues haben auslagen können, schließt der Vorsitzende die Beweisaufnahme. Die Plädoyers beginnen!

Der Staatsanwalt Dr. Busch muß zugeben, daß die Hauptschuld die Behörden, d. h. Meier und Schirmer trifft. Aber die Angeklagten hätten trotzdem gegen das Gesetz verstoßen. Er wäre für Verurteilung. Aber er bedauere die Angeklagten. — 124 Monate Gefängnis und 1 Woche beantragt er!

Uhlig soll 10 Monate, 1 Woche bekommen; Thanisch 8 Monate; Schäffner, Bellmann und Frau Kurbis sollen freigesprochen werden; Hugo Müller soll für seine „politische" Rede 4 Monate erhalten. Alle übrigen 17 Angeklagten sollen je sechs Monate ins Gefängnis! — Der von der Roten Hilfe gestellte Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Pfeiffer widerlegt sehr klar und überzeugend die Beweisführung des Staatsanwalts! —

Danach haben sämtliche Angeklagten noch einmal das Wort. Alle verlangen Freispruch!

Um 17.30 Uhr wird die Verhandlung geschlossen. Urteil — siehe im politischen Teil.

Das Volksurteil der Gräfenhainicher Werktätigen

Reges Interesse bekundeten die Werktätigen von Gräfenhainichen für das Schicksal jener 23 Angeklagten, für die der Staatsanwalt insgesamt 124 Monate und eine Woche Gefängnis beantragt hatte, weil sie angeblich das Rathaus am 21. Mai gestürmt haben.

Ueber 400 Einwohner, darunter zahlreiche SPD- und Naziarbeiter, waren dem Ruf der Roten Hilfe gefolgt und nahmen im dicht gefüllten Saale des „Preußischen Hof" den Bericht über den Prozeß entgegen, den der Bezirksleiter der Roten Hilfe, Genosse Kant, Halle, erstattete. In der Diskussion sprachen die Genossen Mahjow, sowie die Angeklagten Paul Müller und Gottschlick. Ein Sturm der Empörung ging durch den Saal, als Genosse Kant die Anträge des Staatsanwalts bekanntgab.

Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 17. November in Gräfenhainichen stattfindende, von 400 Einwohnern besuchte öffentliche Versammlung protestiert auf das schärfste gegen die Anträge des Staatsanwalts im Prozeß gegen 23 Gräfenhainicher Arbeiter. Der Strafantrag auf 124 Monate und eine Woche Gefängnis zeigt, daß die deutsche Justiz für hungernde Arbeiter nicht Brot, sondern nur Strafen kennt.

Der Prozeßverlauf hat bewiesen, daß nicht die Angeklagten, sondern die Notverordnungspolitik und das kapitalistische Ausbeutungssystem auf der Anklagebank sitzen. Die Versammlung fordert daher den Freispruch aller Angeklagten.

Mit Entrüstung stellt die Versammlung fest, daß 6500 proletarische politische Gefangene hinter Kerkermauern sitzen, weil sie für Brot, Boden, Freiheit und Arbeit gekämpft haben. Die Versammlung gelobt, mit der Roten Hilfe den Kampf für die Vollamnestie zu führen.

Der Gräfenhainicher Prozeß hat bewiesen, daß ohne die Rote Hilfe alle politischen proletarischen Angeklagten schutzlos der Justiz ausgeliefert sind. Darum fordert die Versammlung alle Werktätigen auf, in die Rote Hilfe einzutreten und mitzukämpfen gegen Justizverfolgung, für die Vollamnestie!"

In der Versammlung wurden 90 Zeitungen des „Klassenkampf" mit dem Prozeßbericht umgesetzt und 17 M. für die Rote Hilfe gesammelt!

Erfolgloser Versuch der Exmittierung einer Handwerkerfamilie

Nachstehend veröffentlichen wir die Zuschrift eines Augenzeugen der erfolglosen Exmittierungsversuche an der Familie des Schneidermeisters in Ammendorf. Die Meldung selbst hatten wir bereits gestern abgedruckt.

Am 17. November, früh 8 Uhr, sollte ein ehrlicher Schneidermeister mit seinen fünf Kindern zwangsweise exmittiert werden. Fast 14 Jahre hat er dort gewohnt, ehrlich und redlich seine Familie ernährt und regelmäßig seine Miete bezahlt. Dem Matratzenfabrikant Raye aus Halle, dem das Grundstück gehört, war es gelungen, seine Exmittierungsklage durchzusetzen. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich diese rigorose Exmittierung unter den Einwohnern. Schon um 7 Uhr früh herrschte eine lebhafte Bewegung auf der Straße, man sah Gruppen von Proleten diskutieren.

Da, Punkt 8 Uhr, fährt ein Auto in die betreffende Straße. Aha, der Gerichtsvollzieher! Lebhaftere Bewegung unter den Massen. Der Autolenker nahm sofort die Situation wahr. Er bog in das Prinzlersche Fabrikgrundstück ein und fuhr nach der Polizeiwache zurück. Im Nu waren sechs Schupobeamte zur Stelle. Was nun? Zum Delinquenten: „Los! Los! Zusammenpacken, tragen Sie Ihr Zeug herunter!" Von diesem Achselzucken. Er kann nicht! Warum? Er ist gebrechlich, nur seine Schneiderschere und Nadel kann er schwingen, aber er kann nicht die schweren Möbelstücke transportieren. Verdammt, fatal.

Keine Wohnung, wo mit dieser großen Familie hin? Die Zwangswirtschaft ist seit acht Tagen in Ammendorf aufgehoben. Kein Ausweg. Was tun? Die mitgebrachten Möbelträger haben keine Lust, einen armen Proleten auf die Straße zu setzen, wenn kein Unterkommen für diesen geschaffen ist. Der Gerichtsvollzieher fährt mit einigen Mitgliedern der Wohnungskommission im Orte herum. Er flucht und wettert über Herrn Bahn und über den Herrn Gemeindevorsteher Rothe. Nichts zu machen!

Der Möbelwagen klappert leer mit monotonem Gerassel nach seinem Standort zurück. Lachende Gesichter bei allen Passanten und Zuschauern. Die Proleten waren auf der Hut. Ihre Solidarität und Einheitsfront war von Erfolg gekrönt.

Warum wurde diese siebenköpfige Familie nicht in dem seit zwei Monaten leerstehenden Pfarrhaus in Radewell untergebracht? Herr Gemeindevorsteher Rothe, Sie schwafelten doch in der Erwerbslosenversammlung am vorigen Freitag in hochtönenden Worten davon, daß Sie stets ein verständnisvolles Herz für die Not der Einwohnerschaft hätten, und alles tun würden, was in Ihrer Kraft steht? Hatten Sie dem armen Schneidermeister nicht versprochen, zeitig da zu sein und ihm auf irgendeine Weise zu helfen? Wo waren Sie?

Uebrigens: der gute Mann mit seinem Auto will wieder kommen!

Bitterfeld-Wittenberg

Appell

an alle Parteimitglieder des Unterbezirks Bitterfeld!

Am Sonntag, dem 22. November, zweiter Großwerbetag für Monat November

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Die bürgerlichen faschistischen Zeitungen entfalten eine wüste Hetze zum Verbot gegen die Kommunistische Partei. Daß ein Verbot der Partei ernstlich in Erwägung gezogen wird, beweist schon die Polizeiminister-Konferenz, die von Herrn Groener einberufen wurde. Die Bourgeoisie weiß, daß es ihr nicht so leicht wird, den Lohn- und Unterstützungsabbau durchzuführen, solange es noch eine Kommunistische Partei gibt. Wir sagen aber der Bourgeoisie, daß auch ein Verbot uns nicht schrecken kann. Wir werden einen Massenkampf entfachen gegen diese Verbotsmaßnahme und werden nun erst recht unser Aufgebot **der 100 000 nicht in sechs, sondern in vier Monaten durchführen!** Wir antworten der Bourgeoisie auf ihren Angriff gegen uns mit Verdoppelung unserer Mitgliederzahl!

Am kommenden Sonntag verpflichten wir alle Partei- und Jugendmitglieder zum Werbeappell zu erscheinen. 80 Parteimitglieder, davon 30 Betriebsarbeiter, 20 Frauen, davon 8 Betriebsarbeiterinnen, 40 Klassenkampfleser, 30 KGO-Aufnahmen ist unser Ziel für den kommenden Sonntag.

Alle Genossen und Genossinnen treffen sich am Sonntag vormittag 9 Uhr in den Parteilokalen der Ortsgruppe und Zellen zur Werbung. **Ein Instruktour der UBL wird in jeder Ortsgruppe zur Unterstützung und Kontrolle anwesend sein.**

Parteigenossen und Parteigenossinnen, Jugendgenossen, gebt den faschistischen Mordbanditen, den Lohnräubern, den sozialfaschistischen Zuhältern der Bourgeoisie die einzige und richtige Antwort, indem ihr mit helft, die Partei zu stärken. Jeder an seinen Posten und wir werden unser Ziel erreichen!

Mit kommunistischen Gruß

Unterbezirksleitung Bitterfeld.

Delitzsch-Torgau

Proleten, Taschen zu!

A.-K. Elsterwerda. Auch hier ist eine Sammelstelle „zur Linderung der Not für Hilfsbedürftige" eingerichtet. Die mitleidigen Seelen sind vaterländisch gesinnte Herren und Damen. Auch der Seelsorger G. ist dabei. Wer nun glaubt, daß alle, die durch die kaitalistische Mißwirtschaft in große Not geraten sind, als hilfsbedürftig angesehen werden, der irrt sich sehr. Familienangehörige z. B., deren Ernährer sich in den Händen der Justiz befinden, sind nach dem Ermessen dieser Herrschaften nicht unterstützungsbedürftig, besonders dann nicht, wenn sie als Kommunisten aus politischen Gründen verhaftet sind.

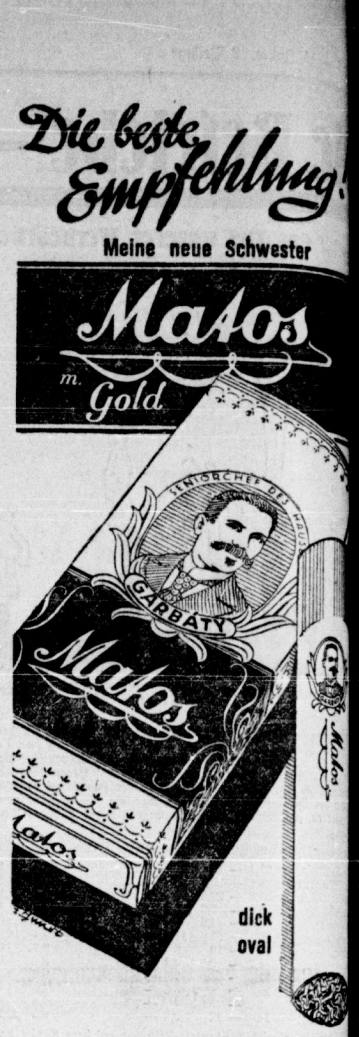
Die klassenbewußten Arbeiter verzichten auf diese vaterländische Hilfsbereitschaft; sie fordern Arbeit und Brot und kämpfen darum. Dieser Kampf kann nur erfolgreich beendet werden, wenn alle mithelfen, wenn alle sich einreihen in die rote Klassenfront unter Führung der Kommunistischen Partei, wenn keiner sich durch die Köder der Winterhilfe vom Kampf abhalten läßt.

Das Komitee zur Vorbereitung des Reichsbauernkongresses teilt uns mit:

Das Bauernkomitee von Kelbra und Umgebung hat beschlossen, den Bauernkongreß in Kelbra nicht, wie gemeldet, am 13. Dezember, sondern bereits am

6. Dezember

durchzuführen. Es soll damit die Möglichkeit gegeben werden, daß eine Delegation aus dem Kyffhäusergebiet auch an dem Mitteldeutschen Bauernkongreß in Halle am 13. Dezember teilnehmen kann.



Ist eine echte Garbáty-Cigarette, gleichwertig mir, der berühmten

3½ Pf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311120-14/fragment/page=0010